

Barnimer Bürgerpost

die unabhängige Leserzeitung

NR. 200 · 17. JAHRGANG · AUSGABE 9/2011 VOM 13. SEPTEMBER 2011 · ERSCHEINT MONATLICH · 1 EURO

4 | **WHG: Nahwärme
statt Fernwärme**
Abhängigkeit von EWE mindern

9 | **Gewerkschaft IG Metall 12/13
als Rüstungslobby**
Waffen sollen Arbeitsplätze sichern

**Heimkehr
der Faschisten (3)**
Von Sportbeamten bis zu Gehlen

Zweihundert

»Schon wieder eine neue Zeitung?«, fragten wir im September 1995. »Die Briefkästen quellen über, trotzdem werden wir immer weniger wirklich informiert. Die Inhalte werden von der Werbung bestimmt oder von Leuten, die von weither kommen, sich nur schwer in die hiesige Mentalität und Erfahrungswelt einfühlend können und zudem von westlich der Elbe liegenden Zentralen aus dirigiert werden. Die 1989/90 errungene Pressefreiheit wird so zunehmend wieder eingeengt.«

Damals, vor mittlerweile 16 Jahren, erschien die erste Ausgabe der »Barnimer Bürgerpost«. Inzwischen sind 200 daraus geworden. Mit der »Barnimer Bürgerpost« wollten wir ausbrechen aus den neu entstandenen Zwängen. Niemandem verpflichtet, außer unseren Leserinnen und Lesern.

»Sie als Bürgerinnen und Bürger sind angesprochen«, schrieben wir in der Ausgabe Nummer 1 vom 22. September 1995. »Ihr Selbstbestimmtheit und Ihrem Selbstbewußtsein will die 'Bürgerpost' eine Stimme geben. Im Untertitel heißt es 'Unabhängige Leserzeitung'. Das soll nichts anderes bedeuten, als daß wir bei der inhaltlichen Gestaltung unserer Zeitung vor allem auf Sie setzen, liebe Bürgerinnen und Bürger, die Sie zu unseren Leserinnen und Lesern werden. Ihre Meinungen, Ihre Mitteilungen, Ihr Engagement und Ihre Initiativen sollen den Inhalt unserer Zeitung bestimmen. Wie es eben einer richtigen 'Bürgerpost' geziemt... Ihr Zuspruch, Ihre Kritik, Ihre inhaltlichen Beiträge sowie Ihr Bemühen, für die 'Barnimer Bürgerpost' neue Leserinnen und Leser zu gewinnen und somit nicht zuletzt unsere ökonomische Basis zu stabilisieren, sind unsere Garantie, mehr als eine Eintagsfliege zu werden. Wir vertrauen auf Sie.«

Das Vertrauen hat sich gelohnt. Die »Barnimer Bürgerpost« ist mehr als eine Eintagsfliege. Das Konzept der »unabhängigen Leserzeitung« hat sich bewährt. In unseren »Publizistischen Grundsätzen« ist das wichtigste davon zusammengefaßt.

Die »Barnimer Bürgerpost« ist unabhängig, obwohl oder vielmehr weil sie von ihren Leserinnen und Lesern abhängig ist.

Die »Barnimer Bürgerpost« ist käuflich. Aber nur in Teilen, nicht exklusiv. Mit Ihrem Euro, den Sie für eine Ausgabe der »Barnimer Bürgerpost« hergeben, sichern Sie die materielle Grundlage Ihrer Leserzeitung. Auf dieser materiellen Abhängigkeit von vielen gründet die ökonomische Unabhängigkeit der »Barnimer Bürgerpost« von einzelnen.

Die »Barnimer Bürgerpost« ist eine moderne Zeitung. Aufgabe der Redaktion ist nicht, stellvertretend für andere als Informationsbeschaffer, Ghostwriter oder Nachbeter tätig zu sein. Die »Barnimer Bürgerpost« nimmt Ihnen das Denken nicht ab. »Die Aufgabe der ehrenamtlichen Redaktion beschränkt sich in der Hauptsache auf das Zusammenstellen der Beiträge«, heißt es in den »Publizistischen Grundsätzen«. Denn der Inhalt »wird von den Leserinnen und Lesern bestimmt«.

Um in der »Barnimer Bürgerpost« schreiben zu können, muß nichts vorher abgestimmt werden. Es gibt keine Vorgaben – außer der, sich auf die Mühen des Selberschreibens einzulassen. Das ist anspruchsvoll, mehr als anspruchloses Internet-Geplapper. Die »Barnimer Bürgerpost« gibt es gedruckt auf Papier und online als PDF-Ausgabe. Die beschränkte Zeilenzahl zwingt zur Konzentration auf das Wesentliche. Unerfahrenen Schreibern können die Hilfe der Redaktion in Anspruch nehmen. So werden in jedem Jahr etwa 100 von Ihnen zur Autorin oder zum Autor.



Darauf beruht nicht nur die inhaltliche Vielfalt, sondern auch eine besondere Nähe zu den in Eberswalde und im Barnim gesellschaftlich relevanten Themen. In der »Barnimer Bürgerpost« wurden oft genug Probleme angesprochen, lange bevor sie in der breiten Öffentlichkeit als solche wahrgenommen werden.

In jedem Jahr schreiben hundert verschiedene Menschen ihre persönliche, ihre parteiliche Haltung auf. Und ausgerechnet mit ihrer persönlichen Parteilichkeit, mit ihrer vielfältigen Parteilichkeit, sorgen sie dafür, daß die »Barnimer Bürgerpost« im wahrsten Sinne des Wortes zum überparteilichen Medium wird. Und ausgerechnet etablierte Parteien tun sich damit schwer.

Was wohl nicht zuletzt daran liegt, daß die »Barnimer Bürgerpost« mit ihrem Konzept zwangsläufig dem Etablierten, dem glatt Gebügelten, der korruptierten und monopolisierten »öffentlichen Meinung« gegenüber quer liegt. Zumindest solange kameradschaftliche, kommunikative und kooperative Verhältnisse als Grundlage der Gesellschaft noch Utopie sind.

Für die Darstellung Ihrer Selbstbestimmtheit, für die Entfaltung Ihres Selbstbewußtseins, wird die »Barnimer Bürgerpost« auch künftig zur Verfügung stehen. Vielleicht müssen wir das eine oder andere in unserer Organisation verbessern. Vielleicht ist nach 16 Jahren mal wieder eine neue grafische Gestaltung unserer Zeitung fällig. Sicherlich würden der »Barnimer Bürgerpost« eine größere Zahl junger Autorinnen und Autoren sowie Leserinnen und Leser gut tun. Auch der Verein könnte mehr Aktive vertragen.

Helfen Sie dabei. Nutzen Sie die »Barnimer Bürgerpost«. Verändern Sie die »Barnimer Bürgerpost« – damit sie so bleibt, wie sie ist.

GERD MARKMANN, Redakteur der »Barnimer Bürgerpost«

Aber Hallo

Ein freundliches Hallo hört man jetzt von groß und klein, vielerorts und zu jeder Zeit. Hallo ist der Gruß der neuen Zeit. Früh am Morgen beim Bäcker, mittags im Kaufhaus und abends in der Kneipe. Irgendwie erscheint es so, als ob alle telefonieren und sich nicht mit dem Verweis auf die Tageszeit gegenseitig zu nahe treten und erschrecken wollten.

Als wir vor sechzehn Jahren mit der Zeitung begannen, haben sich die Leute noch getraut und sich moin, tach, Mahlzeit, gute Nacht und andere verbindliche Wünsche übermittelt. Damals waren wir noch Kollegen und Nachbarn jetzt sind wir Bürger und Steuerzahler. Die Leute hatten sich für Politik interessiert und wollten ihre Umwelt gestalten.

Viele sind nun lahm und meckern gegen irgendwas. Vor kurzem wurde mangels Beteiligung der Landrat ausgelost.

An den Begriffen und Ausdrücken erkennt man, daß sich in dieser kurzen Zeit die Werte und Ziele der Menschen veränderten.

Unsere Autoren haben in all den Jahren immer wieder versucht, soviel wie möglich der konkreten Wirklichkeit und deren Wandel in ihrer subjektiven Sicht schriftlich festzuhalten. Natürlich interessieren sich die Autoren für unterschiedliche Sachen. Auf diese Weise stand und steht in der Barnimer Bürgerpost eine einzigartige Dokumentation der gesellschaftlichen Zustände und deren Veränderungen in unserer unmittelbaren Umgebung.

Das hat manchem Autor und Leser geholfen, die Welt ein bißchen besser zu verstehen. Mitunter hat einer auch nur sein Gewissen erleichtert. Ein anderer wollte die Leser von seinen Ideen überzeugen. Und einige haben sich über die Veröffentlichungen aufgeregt.

Ab und an sind wir auch über das Ziel hinaus geschossen. Persönliche Angriffe und Propaganda gehören sich nicht. Es geht uns immer um das Verhalten der Leute und den Anspruch, den sie an sich selber stellen. Andererseits müssen sich die gewählten Vertreter der Obrigkeit und die Angestellten des Staates gefallen lassen, daß ihr Verhalten besonders kritisch beobachtet wird.

Das Schreiben fällt nicht jedem leicht. Doch neben dem Redakteur und den Autoren sind auch ehrenamtliche Verteiler und Organisatoren für die Zeitung wichtig. Die Barnimer Bürgerpost ermöglicht nach wie vor eine gegenseitige Verständigung, die kommerzielle Zeitungen gar nicht leisten können. Wohl auch, weil diese den aktuellen Trends der Meinungen verpflichtet sind.

Ich wünsche Euch allen sehr verbindlich viel Schaffenskraft und ein herzliches Glück auf. Gemeint ist der Wunsch, durch eigene Anstrengungen und mit der Unterstützung freundlicher Menschen wohlbehalten aus dem schwarzen Loch heraus zu kommen.

In diesem Sinne verbleibt

Dr. MANFRED PFAFF aus Altenhof

DSL nach Blumberg und Mehrow

Neue Mailingliste für interessierte Bürger

In Blumberg und Mehrow gibt es noch immer keine DSL-Versorgung für Bürger und Gewerbetreibende. Die Breitband-Initiative für Blumberg setzt sich seit Jahren für eine Lösung dieses Problems ein und wird dabei nun von der Bürgerinitiative Mehrow 21 e.V. unterstützt. Für alle, die an einem Breitband-Anschluß Interesse haben, haben wir eine Mailingliste im Internet eingerichtet. Das ist ein elektronischer Postverteiler, der schnell und einfach funktioniert. Wer sich einträgt, bekommt aktuell, automatisch und natürlich völlig kostenlos Informationen zum Stand der laufenden Gespräche. Jeder, der mitmacht, kann zudem einfach und schnell mit allen Mitgliedern der Liste kommunizieren.

Ideen und Vorschläge sind jederzeit willkommen! Unsere Mailingliste hat die Überschrift: »Verbesserung der Breitbandversorgung in der Gemeinde Ahrensfelde«. Besonders angesprochen sind die Bürger aus Blumberg und Mehrow. Wer sich eintragen will, besucht einfach folgende Website: <http://kurzurl.net/BB-Ahrensfelde>.

Die Breitbandinitiative DSLnachBlumberg und Mehrow 21 e.V. würden sich über rege Beteiligung freuen. Denn klar ist: Je mehr Bürger ihr Interesse an DSL bekunden, desto eher findet sich ein Anbieter, der die dringend benötigte Versorgung endlich sicherstellt.

PHILIPP SCHÖNING (DSLnachBlumberg) und THOMAS WÜPPER (Mehrow 21 e.V.)

Bürgerstiftung Barnim-Uckermark:

Landtagsabgeordnete werden Zustifter

Beyer: »Nachhaltig Ideen in realisierbare Projekte umwandeln ist eine tolle Sache«

Eberswalde (fdp/bbp). Die Landtagsabgeordneten Dr. Michael Luthardt (Die Linke), Axel Vogel (Bündnis 90/Grüne) und Gregor Beyer (FDP) werden Stifter der Bürgerstiftung Barnim-Uckermark. In einem symbolischen Akt füllten sie das Stiftungsbarometer 2011 auf. »Ich freue mich, daß gleich alle drei Landtagsabgeordnete aus der Region am heutigen Tag Zustifter werden«, sagte Gregor Beyer. Dies zeige, welche hohe Bedeutung der Arbeit der Stiftung über Partei- und Fraktionsgrenzen hinweg beigegeben wird.

Die Idee, die drei Abgeordneten an den Tisch zu holen, entstand im vergangenen Jahr in einem informellen Gespräch mit der Stiftungsleitung. »Die Stiftung leistet seit Jahren eine vorbildliche Arbeit in den Landkreisen Barnim

und Uckermark. Auch um diese Leistung zu würdigen, entschlossen wir uns die Stiftung in Zukunft als Zustifter zu unterstützen«, begründete Gregor Beyer seinen Entschluß. Insbesondere das Projekt Lesezauber habe ihn stark überzeugt. »Wenn Kinder animiert werden zu einem Buch zu greifen, so regt das ihre Phantasie an.« Solche Projekte müßten im besten Sinne des Wortes »nachhaltig« garantiert werden, wofür Stiftungen eine ausgezeichnete Organisationsform seien. »Einen Kapitalstock aufzubauen und aus dessen Erträgen dauerhaft gute Ideen in realisierbare Projekte umzuwandeln, ist eine überaus unterstützenswerte Sache«, so Beyer.

Die Zustiftungen der Landtagsabgeordneten wurden übrigens von der Sparkasse Barnim verdoppelt.

Neuruppin bleibt bunt – Bring zwei!

Erst vor wenigen Wochen wollten aus dem ganzen Bundesgebiet angereiste Neonazis durch Neuruppin marschieren. Mehrere Hundert demokratisch gesinnte Menschen setzten sich ihnen in den Weg: Nationalistische Parolen finden in Neuruppin kein Gehör! Nach wenigen hundert Metern wurde einer der größten Aufmärsche von Neonazis in Brandenburg aufgehalten und mußte umkehren.

Trotz der Schlappe wollen diese Neonazis am 24. September erneut versuchen, ihre menschenverachtende demokratiefeindliche Propaganda bei uns zu verbreiten. Die Erfahrung zeigt: Der gefährliche braune Spuk wird nicht von allein und schon gar nicht durch Wegschauen und Ignorieren verschwinden.

»Neuruppin bleibt bunt« und das brandenburgweite »Netzwerk Neuruppin« rufen dazu auf, die neofaschistische Provokation zurückzuweisen – friedlich, vielfältig, unbeirrbar und entschlossen. Wir werden uns widersetzen.

Was heißt nun »Bring zwei!!« ?

Ganz einfach: Sprechen Sie mit Ihrer Nachbarin, Ihren Kollegen, Ihren Sportfreundinnen. Informiere Deine Mitschülerinnen und Mitschüler, Deinen Freundeskreis und Deine Eltern. Kommt zu unserer bunten Demonstration gegen Rechts – und bringt diesmal noch zwei weitere Menschen mit!

Wir sind ein vielfältiges Bündnis aus lokalen Vereinen, landesweiten Verbänden, Parteien, Gewerkschaften, Initiativen, Kirchengemeinden und vielen weiteren engagierten Antifaschistinnen und Antifaschisten.

Wenn Nazis ihr braunes Gift in unseren Städten versprühen wollen, dann stellen wir uns ihnen gemeinsam in den Weg.

Aktionsbündnis Neuruppin bleibt bunt, Netzwerk Neuruppin (V.i.S.d.P. MARTIN OSINSKI)
Treffpunkt: Sonnabend, 24. September, 10 Uhr
Neuruppin, Kirchplatz hinter der Pfarrkirche und Kreuzung Artur-Becker-/Heinrich-Rau-Straße.
www.neuruppin-bleibt-bunt.de, www.netzwerk-neuruppin.de

7000 Demonstranten vor dem Landtag

Die Landesregierung Brandenburg will die Zuschüsse für Freie Schulen kürzen

Es begann um 9.45 Uhr mit einer Zuckertütenübergabe an Landtagsabgeordnete durch Schüler der freien Alternativschulen und einem Riesenspalier entlang der Zufahrtsstraßen vor der Landtag gegen einseitige Kürzungen im Bildungsbereich bei Schulen in freier Trägerschaft. Abgeordnete zeigten sich beeindruckt: »Solch eine große Demonstration hat in dieser Legislaturperiode in Potsdam nicht gegeben«, sagte MdL Andreas Büttner.

Die Arbeitsgemeinschaft Freier Schulen hatte zuvor allen Abgeordneten »Bemerkungen zum Argumentationspapier des MBS vom 21.7.2011« verteilt. Auf der anschließenden Kundgebung im Lustgarten sprachen Dustin Neumann, Schüler des Leonardo da Vinci-Campus Nauen, Jürgen Krätzig, Hoffbauer-Stiftung und Arbeitsgemeinschaft Freier Schulen, Detlef Hardorp, Geschäftsführer Arbeitsgemeinschaft Freier Schulen mit einer Mathematikstunde zum unlauteren Umgang mit Zahlen seitens der Landesregierung, Frau Bettina Stobbe vom Landesverband des Paritätischen, Anette Edenhofer, Elternvertreterin und Christoph Schröder, Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft Freier Schulen vor etwa 7000 Demonstranten. Steffen Reiche konnte wegen Erkrankung nicht teilnehmen, will seine Rede aber am 28. September nachholen, wenn die Unterschriften der Volksinitiative »Schule in Freiheit« an den Landtag übergeben werden.

Anschließend sprachen Vertreter der fünf Parteien und Ministerin Münch auf einer weiteren Kundgebung am Fuß des Brauhausberges. Auf die Frage, wie denn z.B. freie Grund- und Oberschulen auf 20 Prozent Kürzungen umgehen könnten, wollte Ministerin Münch nicht antworten. Es beginnen jetzt die Beratungen zum Gesetzesentwurf der Landesregierung im Landtag.



Gute Stimmung und gutes Wetter prägten die erfolgreiche Veranstaltung, die den Auftakt einer größeren Kampagne darstellt. Für viele kleine freie Schulen im ländlichen Raum geht es immerhin um das schiere Überleben. Denn nicht nur Frau Münch, sie selber haben auch keine Antwort auf die Frage, wie Kürzungen in der Größenordnung von 20 Prozent aufgefangen werden könnten.

Die letzte Demonstration der Arbeitsgemeinschaft Freier Schulen hatte 2003 an selber Stelle am Fuß des Landtages stattgefunden (»Aktion Orange«). Damals wollte die Landesregierung 3% der Zuschüsse für Schulen in freier Trägerschaft kürzen – das Parlament beschloß letztlich 1%.

Dr. DETLEF HARDORP, Geschäftsführer der Arbeitsgemeinschaft Freier Schulen Brandenburg

Höheres Blutgeld für deutsche Soldaten

Bundeswehrsoldaten, die in Auslandseinsätzen verwundet wurden, sollen künftig mit bis zu 150.000 Euro entschädigt werden. Das besagen Presseberichte vom 29.8.2011, die sich auf Äußerungen eines Sprechers des bundesdeutschen Kriegsministeriums beziehen. Bisher zahlte die BRD höchstens 80.000 Euro. Die zusätzliche einmalige Ausgleichzahlung für verletzte Zeitsoldaten soll von 15.000 auf 30.000 Euro steigen. Mit Inkrafttreten des neuen »Einsatzversorgungsverbesserungsgesetz« können künftig auch Bundeswehrsoldaten eine Entschädigung erhalten, die vor dem Afghanistan-Krieg seelisch oder körperlich geschädigt wurden. Als Stichtag ist hierfür der 1. Juli 1992 vorgesehen. Insgesamt ist von Mehrausgaben von bis zu 10 Millionen Euro die Rede.

Einerseits kann man es positiv sehen, wenn Menschen, die von diesem Staat für seine militärischen Abenteuer mißbraucht werden und

dabei zu Schaden kommen, wenigstens eine einigermaßen angemessene Entschädigung erhalten. Andererseits haben sich diese Menschen – im Unterschied zu den Mißbrauchsoffern in katholischen Jungenschulen – gegen gutes Geld freiwillig zum Söldnerdienst gemeldet. Wenn sie dabei zu Schaden kamen, kann das auch als selbst zu verantwortendes Berufsrisiko bewertet werden. Zumal die Angehörigen der Mordopfer – wie die des Obersten Klein in Afghanistan – mit weit geringeren »Kopfgeldern« abgespeist werden.

Nach den neuen Regeln hätte Klein, sollte ihn sein Gewissen doch noch plagen und er seelische Schäden davon tragen, allein Anspruch auf eine Entschädigung, die mit der Summe vergleichbar ist, die für die 140 Menschen gezahlt wurde, die aufgrund seines Befehls zu Tode kamen.

GERD MARKMANN

Freie Oberschule Finow:

»Wir waren dabei«

Potsdam (at). Eigentlich ist schon die Bezeichnung Zuschüsse falsch, denn gemäß Grundgesetz haben die Schulen in freier Trägerschaft Anspruch auf eine auskömmliche Finanzierung. Als Teil des öffentlichen Bildungswesens haben einen Anspruch auf Kostenersatz.

Ersetzt werden derzeit 94 % der Personalkosten. Die weiteren Kosten, wie die Kosten für die Schulgebäude und das Inventar, die Betriebskosten, die Kosten für Lernmittel usw. müssen die freien Schulen selbst tragen. Dadurch sind sie gezwungen, Schulgeld zu erheben, das nach den Einkommensverhältnissen der Eltern bemessen ist.

Nun liegt dem Landtag im Rahmen der Haushaltsgesetzgebung ein Gesetzentwurf vor, nach dem die so genannten Zuschüsse erheblich gekürzt werden sollen. In der Schulform der Freien Oberschule Finow betragen die geplanten Kürzungen 20 % der jetzt geltenden Zuschußbeträge. Die Begründungen für diese Kürzungen sind weder stichhaltig noch zu vertreten. Derartige Kürzungen stellen eine echte Bedrohung für die Existenz der freien Schulen dar. Die geplante Neuregelung ist verfassungsrechtlich sicher nicht zu halten, aber bis zu einer eventuellen gerichtlichen Entscheidung wird es für manche Schulen schon zu spät sein.

Deshalb schlossen sich Schüler, Eltern und Lehrer der Freien Oberschule Finow der großen Demonstration in Potsdam vor dem Landtag gegen die Regierungspläne zur Zuschusskürzung an (siehe Foto).

Protest ernst nehmen

Die Bundesregierung muß den wachsenden Protest der Bürgerinnen und Bürger gegen die BER-Flugrouten endlich zur Kenntnis nehmen. Sie ist aufgefordert, sich insbesondere für ein konsequentes Nachtflugverbot zwischen 22 und 6 Uhr sowie für ein ernsthaftes Gesundheitsmonitoring in den betroffenen Regionen einzusetzen. Es kann nicht sein, daß der Betrieb am von Anfang an umstrittenen Flughafen-Standort Schönefeld im wahrsten Sinne des Wortes erst über die Köpfe der Bürgerinnen und Bürgern hinweg entschieden werden soll.

Das Hauptproblem ist, daß die Letztentscheidung über die Flugrouten vom Bundesaufsichtsamt für Flugsicherung (BAF) getroffen wird und die Bundesregierung so tut, als sei sie für diese Bundesbehörde nicht zuständig. Bereits Ende Juli hatte ich mich deshalb direkt an Bundesverkehrsminister Peter Ramsauer gewandt. Das Verkehrsministerium betont in seinem Antwortschreiben, daß der Verlauf der Flugrouten »ausschließlich« durch das BAF festgelegt werde und »Vorschläge für Flugroutenverläufe, die von der Fluglärmkommission oder der Deutschen Flugsicherung vorgelegt werden, keine abschließende Wirkung« hätten.

Dr. DAGMAR ENKELMANN

Entenversammlung

Enten sind geschützt, aber nicht alle Arten. Manche werden gezüchtet, gemästet und dann geschlachtet. Gezüchtet und gemästet werden auch Zeitungsenten. Nur daß die nicht geschlachtet werden sondern ein vergleichsweise langes Leben haben. Manche präsentieren sich ganz dreist in Überschriften – und werden trotzdem gar nicht erkannt! Hier eine kleine Auswahl aus der führenden Tageszeitung.

Da heißt es in großen Buchstaben: »Die Rückkehr der Rieselfelder« (MOZ, 27./28.8.2011). Natürlich denkt niemand daran, wieder Rieselfeldwirtschaft zu betreiben, doch mit so einem Titel kann man die Bewässerung landwirtschaftlich genutzter Flächen mit gereinigtem Schmutzwasser erst einmal schlecht reden. Die Züchter dieser Ente sind bekannt – es sind die Klärwerksbetreiber, die ihr Abwasser in Flüsse und Randmeere beseitigen wollen. Das wird billiger. Der Schaden, den sie dort anrichten ist ihnen nicht wichtig.

In etwas kleineren Buchstaben ein Zwilling, gleich zwei Enten in einem kurzen Satz: »Wissenschaftler wollen neue Abwassertechnologien erproben«. Das wollen sie nicht, denn die Verwertung gereinigten Wassers nicht neu und Wasser, das man verwerten will, ist kein Abwasser. Den Wissenschaftlern geht es darum, seit Jahren bekannte Verfahren zu unser aller Nutzen endlich in der Breite anzuwenden. Ein lobenswertes Vorhaben, das mit »Abwassertechnologie« nicht zu tun hat, denn Schmutzwasser, das – zumal gut gereinigt – wieder verwendet wird, ist kein Abwasser, auch wenn ganz schlaue Leute, die sich gern als »Experten« bezeichnen (lassen), das anders »definieren«.

Noch eine andere dicke Ente in einer dicken Überschrift: »Ohne besseren Lärmschutz keine B 167 neu« (MOZ, 31.8.2011). Sollte nach mehr als 15 Jahren Planung tatsächlich gebaut werden, dann spielt der Lärmschutz nur eine untergeordnete Rolle. Etwas versteckt, aber sehr zählebig folgende Ententierchen im Text »Der Bau der Ortsumgehung ist die wichtigste Infrastrukturmaßnahme für Eberswalde«. Das ist er nicht, es gibt wichtigeres! Über 15 Jahre »Planung«, das kann kaum wichtig sein! Und mit Ortsumgehung hat das herzlich wenig zu tun. Die Bürger von Finowfurt bis Eberswalde werden lange Umwege in Kauf nehmen müssen, um die Straße überhaupt nutzen zu können und um die Autobahn zu erreichen. Die wenigen Betriebe sind jetzt schon an Kanal und Schiene gut angebunden. Warum Millionen für eine neue Straße, die nur Nachteile bringt?

Aber Enten fressen gute Argumente einfach auf. Und werden dick und rund. Ja, das ist ihre Aufgabe! Für uns kommt es darauf an, die Enten zu erkennen und uns unsere guten Argumente nicht auffressen zu lassen. Besser noch wäre es, den Entenzüchtern das Handwerk zu legen. Aber dazu braucht man Kraft und Mut. Die sind selten. Viel seltener als Zeitungsenten.

JOHANNES MADEJA

Auf Nahwärme umstellen

Derzeit werden in der Stadt Eberswalde effektivere Wege zu Wärmeversorgung geprüft. Allerdings wurde bereits mit der Realisierung einzelner Maßnahmen begonnen. Fernwärmegebiete und -trassen werden planerisch untersucht und eine Fernwärmeumsetzung wird erwogen. Nun liegt dem Kreistag auch noch ein Vorschlag zum Erwerb des insolventen HOKAWÉ Holzkraftwerk Eberswalde vor (Seite 7).

Der Landkreis würde damit in die Fernwärmeversorgung der Stadt einsteigen. Die bisherigen Überlegungen beinhalten eine Favorisierung der Fernwärmeversorgung ohne Prüfung anderer Varianten. Die Kosten des Endverbrauchers, nämlich der Mieter in der Stadt Eberswalde, bleiben dabei völlig unberücksichtigt. Um diese Kosten zu minimieren, gilt es die wirtschaftlichsten Lösungen zu finden.

Ist die Wärmeversorgung mittels Fernwärme die effektivste Variante? Der Vergleich aktueller Wärmekosten der Mieter der städtischen Wohnungsbau- und Hausverwaltungsgesellschaft (WHG) offenbart, daß die Wärmeversorgung mit Nahwärme günstiger ist. So zahlten Mieter in fernbeheizten Wohnungen der Ringstraße in den Jahren 2008 und 2009 ca. 100 Euro je Megawattstunde (MWh) Wärmeenergie. Die Mieter der Wohnungen im Karl-Marx-Ring kamen mit ca. 65 Euro je MWh aus. Dort produziert die WHG innerhalb des Gebäudekomplexes sogenannte Nahwärme, während die Fernwärme von Versorgungsanlagen der Stadtwerke (jetzt EWE) an die WHG geliefert wurde. Obwohl in beiden Fällen die Wärme mit Gas erzeugt wird, kostet die Fernwärme mehr als das anderthalbfache der Nahwärme.

Technisch sollte es kein Problem sein, auch in den Plattenbauten der Ringstraße (und in anderen Wohngebieten) ähnlich vorteilhafte Nahwärmeerzeugungsanlagen zu errichten. Werden solche Anlagen zusätzlich mit Kraft-Wärme-Kopplung ausgeführt, kann ein im Vergleich zur Lösung im Karl-Marx-Ring noch höherer Wirkungsgrad und damit eine weitere Verbilligung erreicht werden.

Soweit die Preisunterschiede in Teilen nicht durch den günstigeren Wirkungsgrad, die Eins-

parung von Heiztrassen und der damit zusammenhängenden Vermeidung von Leitungsverlusten bedingt sind, sondern auf die Monopolstellung des Fernwärmelieferanten zurückgehen, befreit sich die WHG mit eigenen Nahwärmeanlagen von dieser Monopolbeherrschung. Und damit die Mieter von ungerechtfertigten Kosten.

Aus diesem Grunde hat die Fraktion Die Fraktionslosen in der Stadtverordnetenversammlung der Stadtverordnetenversammlung vorgeschlagen, daß die stadteigene WHG ein Programm zur Umrüstung von Fernwärme auf Nahwärme erarbeitet.

Was die Umrüstung eines Wohnblocks von Fernwärme auf Nahwärme bedeutet, macht die nachfolgende Aufstellung deutlich:

Der jährliche Wärmebedarf für einen Block mit 100 WE und 6.000 m² Wohnfläche beträgt ca. 400 MWh für Heizung und Warmwasser. Der Einbau eines Brennwertkessels mit 200 bis 250 kW Leistung kostet für Lieferung und Installation des Kessels etwa 35.000 Euro. Die Kosten für das Heizmedium Nahwärme mit ca. 65 Euro/MWh betragen rund 260 Euro pro Wohnung und Jahr im Vergleich zu 400 Euro bei Fernwärme. Die Einsparung beträgt 35 Euro/MWh, das sind 140 Euro pro Wohnung.

Von der Einsparung der Mieter in Höhe von 140 Euro sind 40 Euro Mieterhöhung abzuziehen, die die der Vermieter für die Modernisierung fordert, so daß der Mieter 100 Euro für seine Wohnung jährlich einspart. Bei höherem Verbrauch fallen die entsprechenden Einsparungen ebenfalls höher aus.

Nicht zu vergessen ist, daß die Einsparungen der Mieter in der Stadt eine nicht zu vernachlässigende Erhöhung der Kaufkraft darstellen.

ALBRECHT TRILLER

Eberswalde und der Ortsteil Finowfurt

Uwe Schoknecht, einziger Bewerber für das Bürgermeisteramt in der Gemeinde Schorfheide, ist am 11. September erwartungsgemäß wiedergewählt worden. Für ihn votierten 2.883 Schorfheider, das sind 93,4 Prozent der gültigen Stimmen. 203 Wähler kreuzten das Nein auf ihrem Wahlzettel an. Die Wahlbeteiligung lag bei mickrigen 35,4 Prozent und erreichte damit Eberswalder Verhältnisse.

Nach den neuen Gemeindefusionierungsvorschlägen der SPD hatte nun ein pfiffiger Schausteller das Ergebnis für unsere Region schon vorweg genommen. Als Ort für seine Autoverschrottungsveranstaltung gab er den Real-Parkplatz in Eberswalde, Ortsteil Finowfurt an. Da weiß der neue Bürgermeister, wohin die Fahrt geht.

G.M.



Gemeinsam agieren statt intern reagieren

»Die Kleiderkammer ist vom 29.08.2011 bis 30.09.2011 geschlossen«, ist auf dem Zettel an der Tür der sozialen Einrichtung im Vereinshaus in der Havellandstraße 15 (ehemalige Kita »Spatzennest«) im Brandenburgischen Viertel zu lesen. Darunter der Stempel des Vereins »Kleiderkammer und sozialer Service e.V.« und die Unterschrift der ehrenamtlichen Vereinsvorsitzenden Petra Malke. Nach vier Wochen Urlaub vom 1. bis 28. August folgen also fünf weitere Wochen, in denen die Bedürftigen im Viertel auf die Leistungen der Kleiderkammer verzichten müssen.

Angaben zu den Gründen der weiteren Schließung gibt es nicht. Entsprechende Fragen der Einwohnerinnen und Einwohner bleiben im Nebel der spärlichen Informationslage unbeantwortet.

Mittlerweile ist aus gut informierten Kreisen zu erfahren, daß der Trägerverein und Betreiber der Kleiderkammer zum 31. Juli das Mietverhältnis mit der Wohnungsbaugenossenschaft Eberswalde-Finow e.G. (WBG) beendet hat. Der Verein bemüht sich derzeit, die verbliebenen finanziellen Verbindlichkeiten gegenüber der WBG Schritt für Schritt abzubauen. Diesbezüglich gilt vorab all denen ein herzliches Dankeschön, die bisher mit Spenden



Soziale Angelegenheiten im Eberswalder Rathaus Barbara Ebert genannt.

Der Brandenburger Arbeitslosenverband bekräftigte in einem aktuellen Gespräch mit Vertretern der Stadtverwaltung seine Bereitschaft die Kleiderkammer ab dem 1. Oktober als neuer Träger zu übernehmen. Leider fand das Gespräch erneut hinter verschlossenen Türen und ohne Einbeziehung des Ortsvorstehers statt.

Der Landesgeschäftsführer des Arbeitslosenverbandes Jens Rode ist optimistisch, daß das

und finanziellen Zuwendungen für den bisherigen Weiterbetrieb und die notwendige finanziellen Konsolidierung beigetragen haben. Aktuell seien an dieser Stelle die Evangelische Kirchengemeine Finow mit ihrem Geschäftsführer

Martin Appel und die Referentin für

Barnimer Jobcenter, aber auch die Barnimer Kreisverwaltung mit ihrem Strukturentwicklungssamt, die Bemühungen des Arbeitslosenservice Eberswalde auch unter den veränderten Bedingungen in der öffentlichen Beschäftigungsförderung mit geeigneten Projekten unterstützt. Der Arbeitslosenservice zielt auf einen spür- und erlebbaren, aber auch nachhaltigen Beitrag für das soziale Zusammenleben im Ortsteil und erarbeitet ein inhaltlich und organisatorisch angepaßtes Gesamtkonzept, in dem die Kleiderkammer ein wichtiger Bestandteil sein soll.

Den intellektuellen VordenkerInnen und MacherInnen in der Stadtverwaltung, insbesondere dem Ersten Beigeordneten und stellvertretenden Bürgermeister Lutz Landmann, der zuständigen Amtsleiterin Kerstin Ladewig sowie dem Sachgebietsleiter und »faktischen Quartiersmanager Soziale Stadt und Sonderbeauftragten des Ersten Beigeordneten« Rainer Pförtner, sei sehr stark empfohlen, sich nicht nur in TrittbrettfahrerInnenmentalität und Geheimniskrämerei zu üben. Statt hinter verschlossenen Türen zu reagieren, gilt es künftig stärker gemeinsam zu agieren.

CARSTEN ZINN,

Ortsvorsteher des Brandenburgischen Viertels

Interkulturelle Wochen im Barnim

Eberswalde (bbp). Bereits seit dem 1. September sind im Kreishaus am Eberswalder Marktplatz Bilder des kolumbianischen Malers Alberto Jerez zu sehen. Die Ausstellung »Über-Lebenskunst« ist noch bis 23. September offen.

Die diesjährigen Interkulturellen Wochen im Landkreis Barnim beginnen dann am Donnerstag, den 15. September, um 18 Uhr, mit einem Keniaabend – »Karibuni nyote« im Afrikanischen Kulturverein »Palanca« (Coppistr. 1-3, 16227 Eberswalde). Juliane Lang aus Bernau berichtet in einem Diavortrag über ihre Eindrücke während ihres Praktikums in Kenia. Anschließend folgt eine Diskussion mit Flüchtlingen aus Kenia.

Im Klub am Steintor Bernau (Berliner Str. 1) folgt ab nächsten Tag, den 16. September, um 19 Uhr, eine Veranstaltung des Internationalen Bundes für Sozialarbeiter mit Musik, Essen, Trinken und Bildern: »Chile – Versuche einer Annäherung«.

Montag, den 19. September, geht es 15 Uhr im Bernauer Stadtteilzentrum »Südsterne« (Orionstr. 17a) weiter mit einem Blick in »Fenster in die Vergangenheit«. Eine Lesung von Lebensgeschichten von Seniorinnen und Senioren in deutscher und russischer Sprache. Veranstalter sind das Diakoniewerk Barnim, die Migrationsberatungsstelle und der KJHV Bernau.

Eine ungewöhnliche Reise rund um die Erde, eingefangen in grandiosen Bildern rund um Schwangerschaft und Geburt bietet der

Filmabend »Der erste Schrei« am 20. September, 19 Uhr, im Kreishaus Eberswalde.

Im Stadtteilzentrum »Südsterne« in Bernau folgt am Donnerstag, den 22. September, um 17 Uhr das 3. Tischtennisturnier für Männer, mit Begegnungen, Gesprächen und gemeinsamem Abendbrot. Veranstalter ist u.a. die Selbsthilfegruppe »M und M«.

Das 9. Internationale Kinderfest mit vielfältigen Angeboten findet am Sonnabend, den 24. September, von 13 bis 17 Uhr im Familiengarten Eberswalde statt.

Einen Gottesdienst zur Woche mit Liedern, Texten und Aktionen zum Interreligiösen Dialog gibt es am Sonntag, den 25. September, um 9.15 Uhr im Dietrich-Bonnhoeffler-Haus am Potsdamer Platz im Brandenburgischen Viertel in Eberswalde.

Ein Themenabend für alle Generationen »Flüchtlinge bei uns« findet am 28. September, um 18 Uhr, im Tobias-Seiler-Saal in Bernau (Am Kirchplatz 8) statt. Oft wird »über sie« geredet. Die meisten Menschen hier kennen kaum Asylsuchende. Die Veranstalter der »Evangelischen Jugendarbeit im Kirchenkreis Barnim« wollen kurz vor dem Tag des Flüchtlings »mit ihnen« sprechen, also Menschen zuhören und fragen, die aus ganz unterschiedlichen Situationen fliehen mußten und in der BRD Schutz such(t)en.

Am 29. und 30. September feiert die Jüdische Gemeinde in Bernau (Berliner Straße 52)

das Jüdische Neujahrsfest – Rosch ha-Schana. Eine Teilnahme ist nach Anmeldung per Post oder eMail (jg-barnim@mail.ru) möglich. Nach der jüdischen Zeitrechnung beginnt das Jahr 5772.

Am 29. September ist im Übergangwohnheim in Althüttendorf (K&S Wohnheim, Am Grimnitzsee 1) Herbstfest.

Am 30. September steht der TAG DES FLÜCHTLINGS unter dem Motto: »Mauern verletzen Flüchtlingsrechte«.

Die Interkulturellen Wochen enden am Sonnabend, den 1. Oktober, mit einem »Afrikanischen Abend« mit traditionellen Tänzen u.a. bei »Palanca« im Rofinpark. Der Eintritt kostet 2,50 Euro.

Zentralasien heute

Am Mittwoch, den 14. September, 15 Uhr, lädt die Bundestagsabgeordnete Dr. Dagmar Enkelmann (DIE LINKE) zu einem Vortrag in das Stadtteilzentrum »Südsterne« in Bernau ein. Im Juni leitete Enkelmann eine Delegationsreise des Bundestags nach Kasachstan und Tadschikistan. In vielen Bildern erzählt sie von ihren Besuchen bei Vertretern von Organisationen und Glaubensgemeinschaften, in Krankenhäusern, Bildungseinrichtungen, Kleinunternehmen, in landwirtschaftlichen Entwicklungsprojekten u.v.a.m. Der Eintritt ist frei.

BÄRBEL MIERAU

Glücksspiele werden in der Mathematik innerhalb der Sparte Wahrscheinlichkeitsrechnung und Mathematische Statistik behandelt. Wie es speziell in der Spieltheorie um das Finden von Entscheidungen unter der Berücksichtigung von denkenden Mitspielern geht, soll im Folgenden an einfachen Beispielen demonstriert werden.

Ein Versuchsleiter verspricht, zwei Spielern 100 Euro zu schenken für den Fall, daß sich die beiden Mitspieler darauf einigen können, wie sie das spendierte Geld unter sich aufteilen wollen. Ein Münzwurf soll zunächst entscheiden, wer von beiden Spielern derjenige sein darf, der den Vorschlag für die spätere Aufteilung des geschenkten Geldes unterbreiten wird, und wer die Rolle übernehmen muß, den Vorschlag zu akzeptieren oder eben nicht.

Der »Anbieter« sagt also, wie die 100 Euro unter den beiden Spielern aufzuteilen sind. Willigt der andere Spieler ein, so wird die Summe gemäß des Vorschlages geteilt, und das Spiel ist vorbei. Lehnt er hingegen ab, behält der Versuchsleiter sein Geld, keiner bekommt etwas, und das Spiel ist ebenfalls vorüber. Eine abermalige Verhandlung ist nicht vorgesehen.

Welchen Vorschlag zur Aufteilung der 100 Euro wird der Bieter unterbreiten? Für den zweiten Spieler, der über das Angebot entscheiden muß, wäre jeder noch so kleine Anteil für ihn ein Gewinn, denn jeder Euro ist besser als keiner. Demzufolge wäre für den Bieter im Denken an den Eigennutz nahe liegend, nur einen Euro anzubieten und 99 Euro selbst zu behalten. Doch das Risiko, daß der zweite Spieler das Angebot verwirft und keiner etwas von den 100 Euro bekommt, ist groß.

Dieses Spiel ist mehrfach mit jeweils verschiedenen Personen gespielt worden. Zwei Drittel der Angebote für den zweiten Mitspieler lagen zwischen 40 und 50 Euro. Nur 4 Prozent der Bieter schlugen dem anderen Spieler weniger als 20 Euro vor, wobei mehr als die Hälfte dieser Teilnehmer das Angebot ablehnten. Das Ergebnis bei diesem Spiel war in allen untersuchten Kulturkreisen sehr ähnlich.

Es stellt sich nunmehr die Frage, warum werden viele niedrige Angebote abgewiesen? Folgendes könnte dafür eine Erklärung sein: Jeder Spieler verfügt über eine gewisse Erfahrung, und ihm ist bekannt, daß, wenn er einmal einen geringen Anteil akzeptiert hat, andere Spieler das ausnutzen und ihm immer nur wenig anbieten werden.

In einem zweiten Versuch, der die Denkweise in der Spieltheorie verdeutlichen soll, geht es um den Begriff des Gemeinwohls. Dazu dient folgendes Experiment: Sechs Mitspieler erhalten 20 Euro pro Person. Davon kann jeder so viel, wie er will, in eine gemeinsame Kasse einzahlen. Danach verdreifacht der Versuchsleiter die eingezahlte Geldsumme in der Kasse und teilt sie zu gleichen Teilen unter den sechs Mitspielern auf – unabhängig davon, wieviel jeder Einzelne beigetragen hat.

6 Was ist hierbei eine eigennützige Strategie?

Eine Betrachtung zur Spieltheorie

Das vom Bundesministerium für Bildung und Forschung jährlich ausgerufenen Wissenschaftsjahrs widmete sich 2008 der Mathematik, einer der größten Kulturleistungen der Menschheit. In einer losen Artikelserie stellten wir im selben Jahr in der »Barnimer Bürgerpost« einige bemerkenswerte Ergebnisse aus dieser Wissenschaftsdisziplin vor. Anlässlich der 200. Ausgabe unserer unabhängigen Kleinzeitung soll über ein weiteres Gebiet der angewandten Mathematik berichtet werden.

Auf den ersten Blick nichts einzuzahlen, denn von jedem Euro, den ein Mitspieler einzahlt, erhält er nur 50 Cent wieder zurück. Denn der Versuchsleiter verdreifacht jeden eingezahlten Euro und teilt ihn anschließend durch sechs.

Fazit: Wenn keiner der Mitspieler einzahlt, bleibt jeder bei seinem Anfangskapital von 20 Euro. Hätten hingegen alle Spieler ihre 20 Euro voll eingezahlt, hätte jeder noch 40 Euro dazubekommen.

Wird ein solches Spiel in der Praxis durchgeführt, so ist zu beobachten, daß die meisten Versuchspersonen zunächst einen recht hohen Beitrag einzahlen. Wird das Spiel mehrfach wiederholt, ist festzustellen, daß die eingezahlten Geldbeträge unweigerlich kleiner werden, bis nach mehreren Spielrunden schlußendlich keiner mehr einzahlt.

Das läßt sich wie folgt begründen: Wer viel einzahlt, fühlt sich von denjenigen übervorteilt, die wenig bzw. nichts einzahlen, und möchte sie gern bestrafen. Das geht aber nur, indem man in der nächsten Runde selbst weniger in die Gemeinschaftskasse zahlt. Diese Erfahrung machen dann alle Mitspieler – auch diejenigen, die bisher viel beigetragen haben. Und so wird die zu verteilende Geldmenge immer geringer.

Dieses einfache Experiment läßt sich auch mit der Inanspruchnahme von öffentlichen Gütern vergleichen. Als kollektive Güter zählen zum Beispiel der Umwelt- und Klimaschutz, die öffentlichen Verkehrsmittel oder die allgemeine Sicherheit. Die Praxis zeigt, daß es immer wieder Mitmenschen gibt, die eine eigenwillige Strategie verfolgen, indem sie beispielsweise zu Schwarzfahrern werden.

Andererseits lassen sich viele Spieler nicht nur vom Eigennutz leiten, sondern es spielen auch andere Gründe wie etwa Fairneß oder Solidarität eine Rolle. Denn wenn nach einigen Runden des oben beschriebenen Spiels einer

der sechs Mitspieler sich einer anderen Gruppe anschließt und das Experiment wiederholt wird, dann wird diese Versuchsperson erneut mit hohen Beiträgen anfangen.

Im Vorangegangenen sind zwei ganz einfache Beispiele aus der Spieltheorie betrachtet worden. Nehmen wir jetzt einmal an, es sind wie beim ersten Spiel nicht nur 100 Euro zu verteilen, sondern es geht um 500 Milliarden Euro. Und die Mitspieler sind nicht nur 3 Personen sondern 100 Millionen Menschen. Zudem gibt es nicht mehr nur eine einfache Spielregel, sondern es existieren viele Bücher mit ausführlichen Gesetzen. Dann resultiert daraus ein sehr komplexes System, das bisher noch nicht spieltheoretisch betrachtet wurde, aber das schon dem einer Gesellschaftsordnung ähnelt. Doch selbst bei solch einfachen Beispielen wie bei dem zuerst vorgestellten Spiel läßt sich leicht ein Bezug zum Alltäglichen herstellen. Dazu stellen wir uns Folgendes vor: Eine politische Partei macht an die Wähler beispielsweise das Politikangebot, die Renten geringfügig zu erhöhen oder die Steuern leicht zu senken. Dann hat der Wähler die Option, dieses Angebot anzunehmen, indem er dieser Partei seine Stimme gibt, oder den Politikansatz abzulehnen, indem er diese Partei nicht wählt. Im letzteren Fall erleidet die betreffende Partei einen Verlust und kann, falls sie die Wahl insgesamt verliert, ihre Politik wegen des zu geringen Angebots nicht durchsetzen.

Eine der führenden Persönlichkeiten auf dem Gebiet der Spieltheorie ist der US-amerikanische Mathematiker und Nobelpreisträger John Forbes Nash (*1928). Die Lebensgeschichte dieses hochbegabten Mathematikers skizziert der preisgekrönte Kinofilm »A Beautiful Mind« aus den USA, der im Jahr 2001 vier »Oscars« gewann.

ULRICH POFAHL und
GERD WAGENKNECHT

Kleine Galerie der Stadt Eberswalde: »raumbewegt«

Eberswalde (prest-ew). Christine Hielscher hat sich in ihrer Malerei und Zeichnung vom Konkreten entfernt, hat die Figur verlassen – mit der Transzendenz der Linie experimentiert.

Die Malfläche wird in den neueren Werken, gut sichtbar in dem Werkzyklus »pattern«, vollkommen aufgelöst und damit der Versuch unternommen, die unendlich kleinen oder großen Dimensionen des freien Raumes sichtbar zu machen.

Anderer Arbeiten, z.B. die Serie »raumlinear«, zeigen verdichteten Raum und das darin vermutlich enthaltene Energiepotential mit

spontanen, kräftigen Linien. Kontemplative Raumerkundungen, bei denen die Linie in ihrer gestischen und umgrenzenden Eigenart ebenso wichtig ist, wie differenzierte Farbklänge. Mit beiden Mitteln sucht die Künstlerin nach Verdichtung, Tiefe und Bewegung von Raum – nach lebendigem Raum.

Die Arbeiten von Christine Hielscher sind seit dem 7. September in der Kleinen Galerie Stadt Eberswalde zu sehen. In einem Werkstattgespräch stellt sich Christine Hielscher am 27. September, 17 Uhr, den Fragen der Galeriebesucher.

Landrats-Argumente nicht belastbar

Diskussionsbeitrag zum HOKAWÉ-Kauf

Landrat Bodo Ihrke macht sich für den Kauf der insolventen HOKAWÉ Holzkraftwerk Eberswalde GmbH auf dem Gelände des Eberswalder Binnenhafens stark. Das HOKAWÉ ist ein wichtiges Element der sogenannten Nullemissionsstrategie des Landkreises, die bei eventueller Schließung des Holzkraftwerkes einen bedeutenden Kratzer abbekommen würde.

Nachdem inzwischen in zwei Hinterzimmerberatungen die Vorstellungen des Landrates diskutiert wurden, hat der Landkreis dem Insolvenzverwalter ein Angebot für den Erwerb des Holzkraftwerkes unterbreitet. Hauptmangel ist, daß der Landrat nicht zuvor prüft, ob die Wärmeversorgung in Eberswalde vielleicht besser mit Nahwärme erfolgen könnte. Statt dessen betätigt er sich »Schnäppchenjäger«, der keinen Blick mehr für wirtschaftliche Erwägungen hat. Der Erwerb des HOKAWÉ wird als Teil der Nullemissionsstrategie des Landkreises gesehen. Die Schaffung und Sicherung von Arbeitsplätzen, die Gewährleistung der Versorgungssicherheit, Klimaschutz und Daseinsvorsorge sind Argumente, die der Landrat bemüht. Auch davon, daß der Betrieb des HOKAWÉ in Kreisregie wirtschaftlich vonstatten gehen werde, ist die Rede.

Ob diese wohlklingenden Ziele mit dem Kauf und dem Betrieb des HOKAWÉ durch den Landkreis tatsächlich erreicht werden können, ist zu bezweifeln. Womöglich werden mit dem Kauf effektivere Lösungen verhindert.

Schaffung und Sicherung von Arbeitsplätzen

Zur Debatte stehen angeblich 30 Arbeitsplätze (laut Geschäftsbericht 2009 tatsächlich 21), die im HOKAWÉ beschäftigt waren. Bei Fortführung des Betriebes würden diese Arbeitsplätze erhalten werden, sollte es tatsächlich gelingen, den Betrieb zu sanieren und wirtschaftlich zu führen. Wie die Sanierung tatsächlich gelingen soll, ist bisher nicht hinreichend erkennbar. Billiges Holz (vom Land subventioniert?) und Auskopplung der Wärme für die Fernwärmeversorgung (die dann die Mieter in Eberswalde zahlen sollen?) werden vorausgesetzt. Gesichert werden können die Arbeitsplätze letztlich nur dann, wenn das Unternehmen tatsächlich rentabel produziert. Belastbare Zahlen, wie das funktionieren soll, hat der Landrat bisher nicht vorgelegt.

Die Betrachtung der Arbeitsplätze darf aber nicht auf ein Einzelunternehmen beschränkt werden. Wenn es darum geht, neue Lösungen für die Wärmeversorgung der Stadt Eberswalde zu realisieren, entstehen dafür eventuell an anderer Stelle Arbeitskräfte für die Energieerzeugung. Ferner werden z.B. für die Umrüstung der Heizungsanlagen in den Wohngebieten auf Nahwärme Arbeitskräfte beschäftigt.

Versorgungssicherheit

Das Argument der Versorgungssicherheit ist zweifellos wichtig. Falsch ist aber, so zu tun, als würde durch den Erwerb des HOKAWÉ mehr Versorgungssicherheit erreicht. Derzeit wird

die Fernwärme durch die Heizkraftwerke der EWE mit Gas als Energieträger erzeugt. Dies soll auch beim Einsatz der Fernwärme vom HOKAWÉ so bleiben, weil die Wärmeerzeugung mit Holz als Energieträger unsicherer ist, als die mit Gas. Beim Holz kommen noch witterungsbedingte Unsicherheiten hinzu. Die Heizkraftwerke der EWE sollen die Unsicherheiten ausgleichen. Demgegenüber würden bei Nutzung von Nahwärme mit Blockheizkraftwerken für jeden Wohnblock eine höhere Versorgungssicherheit erreicht werden.

Klimaschutz

Unter der Überschrift Klimaschutz wird zur Begründung ins Feld geführt, daß mit Holz ein nachwachsender Energieträger Verwendung finde. Doch emissionsfrei ist auch die Verbrennung von Holz nicht. Vielmehr werden erhebliche Mengen Kohlendioxid emittiert. Wegen des niedrigeren Wirkungsgrades bei der Verbrennung von Holz sowie erheblicher Wärmeverluste der Fernleitungen ist die Menge an freigesetztem Kohlendioxid bei Holz sogar höher als bei der Nahwärmeerzeugung mit Erdgas.

Zu beachten sind auch die energieintensiven Holztransporte in bzw. durch das Stadtgebiet mit den entsprechenden Umweltbelastungen.

Bisher fehlen außerdem gesicherte Angaben darüber, ob die riesigen Holzmengen tatsächlich auch nachwachsen oder ob möglicherweise (unter Berücksichtigung der anderen Orts bestehenden Holzkraftwerke und anderweitigen Bedarfs, wie für Holzpellets, Holz für die Papierindustrie und Bauholz) die Waldbestände in Gefahr sind.

Nicht zuletzt ist die Frage zu stellen, ob es gesamtwirtschaftlich gesehen tatsächlich richtig ist, Holz zu verbrennen, statt es als wertvollen Rohstoff in anderer Weise zu nutzen.

Wirtschaftlichkeit

Mit Selbstverständlichkeit orientiert sich die Absicht zum Erwerb des HOKAWÉ daran, daß der Betrieb wirtschaftlich ist.

Hier beschränkt sich der Begriff der Wirtschaftlichkeit nur auf betriebswirtschaftliche Aspekte. Die erste vom Landrat vorgelegte Wirtschaftlichkeitsberechnung sagt aus: »Ohne die Erhöhung der Wärmeauskopplung für die Fernwärmeversorgung der EWE ist der Erwerb des Holzkraftwerkes wirtschaftlich mit nicht unbeachtlichen Risiken verbunden«. Eine solche kritische Aussage in einem bestellten Gutachten muß zur äußersten Vorsicht warnen.

Zur Sanierung des HOKAWÉ sind bisher im wesentlichen nur die Erhöhung der Wärmeauskopplung mit dem Ziel des Fernwärmeverkaufs an EWE genannt. Ferner geht die Er-

wartung an das Land, dem HOKAWÉ langfristig billiges Holz zu verkaufen (also eine indirekte Subventionierung des Holzpreises).

In den ersten vier Jahren nach dem Kauf soll die HOwE Holzwerkstoff Eberswalde GmbH, die am Standort des HOKAWÉ Holzpellets produziert, durch erhebliche Preisnachlässe subventioniert werden.

Die Wärmeauskopplung und Fortleitung der Wärme in neu zu bauenden Fernwärmeleitungen erfordert zusätzlich zum Kauf erhebliche Investitionen (ca. 6 Mio Euro), die in den Fernwärmepreis eingehen. Der sich dann ergebende Abgabepreis der Wärme an den Fernwärmemonopolisten EWE wird am Ende die Heizungskosten der Eberswalde Mieter in fernbeheizten Wohnungen bestimmen.

Die Wirtschaftlichkeit der Wärmeenergieversorgung in kreislicher Verantwortung darf jedoch die Erwartungen und Bedürfnisse der betroffenen Bürger im Hinblick auf verminderte Heizungskosten nicht außerhalb der Betrachtung lassen. Die bisherigen Aussagen des Landrates über die Sanierungsmöglichkeiten des Holzkraftwerkes sind nicht belastbar. Erfahrungen existierender (oder inzwischen stillgelegter) Holzkraftwerke besagen, daß der Betrieb zum Zwecke der Fernwärmelieferung nicht wirtschaftlich möglich ist. Wirtschaftlich gerechtfertigt ist der Ausbau der Fernwärmeversorgung in Eberswalde nur dann, wenn die Wärme unter dem Nahwärmepreis von ca. 65 Euro/MWh an den Endverbraucher geliefert werden könnte. Derzeit liegt der Preis für Fernwärme aber bei 100 Euro/MWh.

Daseinsvorsorge

Der Landkreis müsse sich engagieren »...sich den Zugriff auf lebenswichtige Bereiche sichern und Versorgungssicherheit für Bürgerinnen und Bürger herstellen«. Den Zugriff sichert der Landkreis sich nicht, wenn die Fernwärme an die EWE verkauft wird. Die Versorgungssicherheit wird nicht erhöht, sondern eher vermindert (siehe oben). Die Abhängigkeiten von dem privaten Monopolisten bleiben unberührt. Die Rede von der Daseinsvorsorge ist deshalb nur eine hohle Phrase.

Fazit

Die Vorlage zum Kauf des HOKAWÉ ist in keinem Punkt hinreichend begründet. Statt Daseinsvorsorge werden Verluste privater Unternehmen kommunalisiert und neue Profite für EWE gesichert. Der Bürger zahlt die Rechnung. Wenn sich kein privates Unternehmen als Käufer findet, ist dies Grund genug, daß auch der Kreis die Finger davon läßt.

Erwerbslose diskutieren mit ihren »Verwaltern«

Der ehrenamtliche Erwerbslosenausschuß im ver.di Bezirk Uckermark-Barnim hatte als gewerkschaftlicher Interessenvertreter von etwa 800 erwerbslosen und geringverdienenden Mitgliedern am 30. August zu einer öffentlichen Gesprächsrunde in das Bürgerzentrum Schorfheidestraße im Eberswalder Ortsteil Brandenburgisches Viertel eingeladen.

Erfreulicherweise nahmen rund 40 Personen an dieser offenen Informations- und Diskussionsveranstaltung teil, darunter Mütter und Väter aus dem im Kiez ansässigen Eltern-Kind-Zentrum sowie BeraterInnen des im Viertel agierenden Eberswalder Arbeitslosenservice und der Sozialberatung der Kinder-, Jugend- und Seniorenhilfe Buckow gGmbH. Martin Flamm vom ver.di Erwerbslosenausschuß Bezirk Berlin und Barbara Bunge, Sachbearbeiterin für soziale Angelegenheiten im Eberswalder Rathaus waren ebenfalls unter den Gästen.

Der Geschäftsführer des Jobcenters Michael Mader skizzierte kurz die Aufgabenstellung des Jobcenters vor dem Hintergrund zurückgehender Mittelzuweisungen. So ist für 2012 eine weitere Kürzung der Eingliederungstitel um 44 Prozent eingeplant. Er machte dabei deutlich, daß von zurückgehenden Kundenzahlen ausgegangen wird. Insofern lasse sich auch ein gewisser Stellenabbau erklären.

Absolute Priorität genieße die Integration Langzeitarbeitsloser in den ersten Arbeitsmarkt. Beschäftigungsförderung außerhalb des ersten Arbeitsmarktes werde im Landkreis Barnim zunehmend eine untergeordnete Rolle spielen. Dieses wird einerseits zu Verdruß bei Vereinen, Verbänden, insbesondere auch den lokalen und regionalen Akteuren der Armuts- und Wohlfahrtsindustrie führen. Andererseits wird, wie ver.di Fachexpertin Evelyn Räder sehr deutlich und kritisch anmerkte, die Kürzungsgorgie im Zusammenhang mit der für April 2012 beabsichtigten Reform der Arbeitsmarktinstrumente zu deutlichen Nachteilen für die Betroffenen, insbesondere für die Langzeitarbeitslosen führen.

Unverzüglich und nicht hinnehmbar ist das derzeitige intransparente Agieren des bei der Gemeinsamen Einrichtung der Träger angesiedelten Beirats. Dieser hat es in der Hand, seine Aktivitäten und damit seine Daseinsberechtigung als Instrument der Qualitätssicherung öffentlich zu machen, ohne den auch hier



zu beachtenden Datenschutz zu verletzen. Übertriebene Geheimniskrämerei schafft Als GesprächspartnerInnen konnten der Geschäftsführer des Jobcenters Barnim Michael Mader (2.v.r.) und die Leiterin der Stabsstelle SGB II bei der Kreisverwaltung Barnim Angelika Kahl (1.v.r.) sowie Evelyn Räder, Referentin für Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik in der ver.di Bundesverwaltung (1.v.l.), gewonnen werden. Der Vorsitzende des ver.di-Bezirkserwerbslosenausschusses Carsten Zinn (2.v.l.) moderierte die Veranstaltung.

Mißtrauen im Hinblick auf die Bildung informeller Netzwerke.

Vor diesem Hintergrund hält der Erwerbslosenausschuß es für angebracht, den Entwurf des Arbeitsmarkt- und Integrationsprogramms 2012 unter Einbeziehung der örtlichen und regionalen Arbeitsmarktakteure einschließlich der Sozialpartner und auch der Betroffenen öffentlich vorzustellen und zu diskutieren.

Mehr Transparenz würde auch der Problematik und Vermeidung von Interessenkonflikten im Beirat dienen.

Michael Mader ist dafür zu danken, daß er unserer Einladung nachkam und sich den Problemen und Fragen insbesondere auch der vom SGB II Betroffenen gestellt hat. Genauso gilt unser Dank Angelika Kahl. Vor dem Hintergrund von Mittelkürzungen ist schon positiv zu vermerken, daß das Jobcenter einen kundenfreundlicheren Empfangsbereich bekommen

soll und im Bereich der Kosten der Unterkunft der restriktive Kurs nicht weiter verschärft werden soll. Als GesprächspartnerInnen konnten der Geschäftsführer des Jobcenters Barnim Michael Mader (2.v.r.) und die Leiterin der Stabsstelle SGB II bei der Kreisverwaltung Barnim Angelika Kahl (1.v.r.) sowie Evelyn Räder, Referentin für Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik in der ver.di Bundesverwaltung (1.v.l.), gewonnen werden. Der Vorsitzende des ver.di-Bezirkserwerbslosenausschusses Carsten Zinn (2.v.l.) moderierte die Veranstaltung.

werden soll. Andererseits ist aber daraus nicht abzuleiten, daß Zufriedenheit angesichts schleppender Antragsbearbeitung beim Bildungs- und Teilhabepaket besteht. Wie der Sozialrechtsexperte und Jurist Bodo Koch, ehrenamtlicher Berater für Erwerbslose und von Erwerbslosigkeit Bedrohte im Bezirk, am Beispiel des per Richtlinie zugestandenen »angemessenen« Wasserverbrauchs feststellen mußte, bestehen erhebliche Zweifel an der Rechtmäßigkeit dieser Standardverbrauchsdeckung.

Wir werden also auch nach dieser gelungenen Veranstaltung weiterhin am Ball bleiben und, wenn notwendig, den Finger in die arbeitsmarkt- und sozialpolitische Wunde legen.

CARSTEN ZINN, Eberswalde, Vorsitzender des Bezirkserwerbslosenausschusses
BODO KOCH, Prenzlau, stellvertretender Vorsitzender des Bezirkserwerbslosenausschusses

Unterstützung für Delmenhorster Parteifreunde

Delmenhorst (fdp). Am 27.8. war Stephan Fischer, der Vorsitzende der FDP Eberswalde, in die 450 km entfernte Partnerstadt von Eberswalde gereist, um die niedersächsischen Liberalen beim Wahlkampf zu unterstützen.

Ein Höhepunkt war bereits am Freitag der liberale Wirtschaftstalk mit dem Bundesvorsitzenden Dr. P. Rösler in Hannover. Am Abend nutzte Fischer die Gelegenheit, dem Bundesgesundheitsminister Daniel Bahr den Gesundheitsstandort Eberswalde vorzustellen.

In Delmenhorst angekommen, verteilte Fischer zusammen mit Tamer Sert, dem Kreis-

vorsitzenden, und weiteren Anhängern der Liberalen FDP-Infomaterial in der Fußgängerzone. Dabei erfuhr der gebürtige Niedersachse Fischer viele interessante Details der Delmenhorster Kommunalpolitik. So wird gerade über die Ansiedlung eines ECE-Einkaufszentrums in der Innenstadt diskutiert. Dabei handelt es sich ein privates Projekt, was das Risiko für die Stadt minimiert.

Ein weiteres Thema war das Stadt-Erlebnissbad, was an diesem Tag unter großer Anteilnahme der Bevölkerung eröffnet wurde. Hier wurde durch die Stadt ein hoher zweistelliger

Millionenbetrag investiert: in drei Becken und eine Saunalandschaft mit Hammam (türkisches Bad).

Abschließend wünschte Fischer den Parteifreunden viel Erfolg und lud zu einem Gegenbesuch nach Eberswalde ein, wo es dann auch um Themen wie Integration und Erfahrungen mit öffentlichen Bauvorhaben gehen wird.



Jobcenter Barnim:

Der geheime Beirat

Eberswalde (bbp). Seit zwei Jahren boomt die Wirtschaft in der BRD. Die offiziellen Statistiken vermelden sinkende Arbeitslosenzahlen, freilich ohne zu erwähnen, daß viele neue Arbeitsplätze im Niedriglohnssektor angesiedelt sind. Dennoch verbleiben tausende Menschen, auch im Landkreis Barnim, in der Verwaltung des sogenannten Jobcenters, zu deutsch: Arbeitszentrum.

Der Name suggeriert, hier würde es darum gehen, die verwalteten Menschen in ein Arbeitsverhältnis zu vermitteln. Die »Kunden« des Jobcenters sind Menschen, die bereits länger als ein Jahr arbeitslos sind und damit kein Arbeitslosengeld I mehr erhalten. Je nach Vermögens- und Einkommenslage in der »Bedarfgemeinschaft« können die Betroffenen das sogenannte Arbeitslosengeld II, landläufig als »Hartz IV« bezeichnet, erhalten. Für diese Langzeitarbeitslosen sind die Möglichkeiten einer Vermittlung in den sogenannten I. Arbeitsmarkt eingeschränkt. Oft paßt die vorhandene Berufsausbildung nicht zum Arbeitskräftebedarf der Unternehmen. Hinzu kommen, zunehmend mit längerer Zeit der Arbeitslosigkeit, zum Teil erhebliche psychische Probleme der Betroffenen. Um so größer ist für diesen Personenkreis die Bedeutung arbeitspolitischer Förderinstrumente, die allerdings nur begrenzt zur Verfügung stehen. Eine große Bedeutung haben dabei Beschäftigungsmöglichkeiten für die, neben dem weiterbezahlten Hartz-IV-Satz, sogenannte Mehraufwandsentschädigungen gezahlt werden, im Volksmund als »Ein-Euro-Job« bekannt.

Beim Jobcenter Barnim handelt es sich um eine gemeinsame Einrichtung der Bundesagentur für Arbeit und des Landkreises Barnim. Beide haben die Rechts- und Fachaufsicht über die Aufgabenbereiche, die in ihrem Auftrag vom Jobcenter ausgefüllt werden. Für den Landkreis sind das im wesentlichen die Aufgabenfelder »Kosten der Unterkunft« und »Bildung und Teilhabe« und für die Bundesagentur die Aufgabenfelder »Arbeitsmarktpolitik« und »Regelleistungen«. Zum Jahresbeginn 2011 sind einige Änderungen wirksam geworden.

»Klar definiert sind nunmehr die Rolle der Trägerversammlung und des Geschäftsführers«, informiert Michael Mader, seit 3. Januar 2011 Jobcenter-Geschäftsführer. Darüber hinaus seien die »gemeinsamen Einrichtungen« im Innenverhältnis eigenständiger geworden, »was z.B. mit der Installierung einer eigenen Personalvertretung sichtbar wird. Diese Veränderungen wirken aber nur nach innen und sind für die Kunden des Jobcenter – gewollt – nicht spürbar.«

Der neue Jobcenterchef kann daher dem Übergang von der »Arbeitsgemeinschaft« zur »gemeinsamen Einrichtung« weder Vor- noch Nachteile zuordnen.

Wegen der Bedeutung für den regionalen Arbeitsmarkt sieht der Gesetzgeber Beiräte vor, die mit Vertretern verschiedener Institutionen, die am örtlichen Arbeitsmarkt eine Rolle spielen, besetzt sind. Die Beiratsmitglieder werden nicht gewählt, sondern von der Trägerversammlung bestellt. Die Trägerversammlung bestimmt die inhaltlichen Schwerpunkte der Arbeitsmarktpolitik für das Jobcenter Barnim und besteht aus je drei Vertretern der Bundesagentur und des Landkreises unter dem Vorsitz von Vizelandrat Carsten Bockhardt.

Dem Beirat gehören seitens des Kreistages Barnim Vertreter der Fraktionen DIE LINKE, SPD, CDU, FDP, Bürgerfraktion Barnim/BVB sowie Grüne/Bündnis für ein demokratisches Eberswalde an. Die Gewerkschaften sind mit je einem Vertreter für die DGB Region Ostbrandenburg, den Ver.di-Bezirk Uckermark/Barnim und dem IG BAU Bezirksverband Oderland vertreten. Die Unternehmerseite wird durch den Unternehmerverband, den Fachverband Garten-, Landschafts- und Sportplatzbau sowie die IHK Ostbrandenburg und die Handwerkskammer Frankfurt/Oder repräsentiert. Schließlich ist die LIGA der Wohlfahrtsverbände durch den Paritätischen Wohlfahrtsverband im Jobcenter-Beirat vertreten.

Die Aufgaben der Beiräte sind im SGB II § 18d in einem einzigen Satz formuliert: »Der Beirat berät die Einrichtung bei der Auswahl und Gestaltung der Eingliederungsinstrumente und -maßnahmen.«

»Konkret heißt das«, sagt Michael Mader, »daß ich als Geschäftsführer vom Beirat beraten werde, wenn es bei der Erstellung des Arbeitsmarktprogrammes für das nächste Kalenderjahr um die Planung für den Einsatz von Eingliederungsinstrumenten geht. Hier handelt es sich immerhin – für 2011 – um ein Finanzvolumen von ca. 11 Millionen Euro. Auch eine unterjährige Beraterung zur Gestaltung von Maßnahmen gehört zu den Aufgaben des Beirates.« Der Geschäftsführer ist »sehr an dieser Beratung interessiert, da die Mitglieder des Beirates ein umfangreiches und profundes Wissen um die Gegebenheiten des örtlichen Arbeitsmarktes haben, das ich gerne nutze.«

Für seine Tätigkeit hat sich der Beirat des Barnimer Jobcenters eine Geschäftsordnung gegeben. Deren Inhalte, wie auch die konkrete Zusammensetzung des Beirates unterliegt allerdings der Geheimhaltung. Zumindest wollte Mader dazu trotz ausdrücklichen Nachfragen keinerlei Auskunft geben. Inwieweit der Beirat Öffentlichkeitsarbeit betreibt, stehe in dessen eigenem Ermessen, sagte er. »Ich habe darauf keinen Einfluß und Ihre Anfrage deshalb an den Vorsitzenden des Beirates, Herrn Passoke, weitergeleitet«. Dieser habe ihm zugesagt, daß er antwortet. Leider hat der Beiratsvorsitzende seine Zusage bislang noch nicht umgesetzt.

IG Metall als Rüstungslobby

Es ist eine Form der von Karl Marx beschriebenen Entfremdung, wenn es Arbeitern völlig egal ist, ob sie Kinderspielzeug oder Kanonen produzieren. Hauptsache das Geld in der Lohntüte stimmt. Der Zusammenschluß der Arbeiter sollte eigentlich solche Entfremdungserscheinungen überwinden helfen. Nicht so bei der Industriegewerkschaft Metall, die einen »Arbeitskreis Wehrtechnik und Arbeitsplätze« betreibt.

Dieser beschäftigt sich nicht etwa mit den Möglichkeiten und Chancen einer Konversion bisheriger Rüstungsbetriebe hin zu einer zivilen Produktion. Vielmehr bekennt sich die IG Metall zum Umbau der Bundeswehr zur global operierenden Interventions- und Besatzungsarmee und fordert eine drastische Ausweitung der bundesdeutschen Rüstungsexporte. In einer aktuellen Studie zum »militärischen Schiffbau« identifiziert sich der IG Metall-Vorstand mit einem »Konzept weltweit mobiler Streitkräfte, die flexibel an wechselnden Schauplätzen für militärische Einsätze zur Verfügung stehen«.

Die »Einsatzfähigkeit« der Kriegsmarine gegen die »Bedrohung des freien Warenverkehrs« sei rüstungspolitisch sicherzustellen, die »Exportfähigkeit« deutscher Waffen sei zu gewährleisten. Den IG-Metallern zufolge zielen die »Hoffnungen in der Branche« auf »Wachstumsmärkte außerhalb Europas«; verwiesen wird auf die von »einigen Schwellenländern« geplanten »milliardenschweren Beschaffungen«. Um bei diesem »Rennen« zum Zuge zu kommen, müßten die »wehrentechnischen Kernfähigkeiten« der deutschen Wirtschaft ausgebaut und vertieft werden, heißt es: Es gelte, die »Entwicklung neuer Produkte für neue Märkte zu beschleunigen«.

Die Gewerkschafter befürchten, die Umrüstung des deutschen Militärs zur global agierenden Interventions- und Besatzungsarmee könne wegen der aktuellen Finanzkrise auf der Strecke bleiben. Das »nationale Beschaffungsvolumen« reiche nicht aus, »um vorhandene Entwicklungs- und Produktionskapazitäten wirklich auszulasten«. Gerade im Marineschiffbau könne eine wirkliche Kapazitätsauslastung daher »nur über Exporte erfolgen«, ist der Publikation der IG Metall zu entnehmen; militärische Aufträge hätten insbesondere für die deutschen Werften »eine klar stabilisierende Funktion«.

Tatsächlich arbeiten ca. 40 000 Menschen in der BRD in Mordmaschinenfabriken. Würde die Bundesregierung jedem von ihnen 50.000 Euro pro Jahr in die Hand drücken, schlägt Thomas Steinberg vor, dann könnten sie alle spazieren gehen, Schach spielen oder Tauben züchten, statt zum Mord beizuhelfen. »Woher die zwei Milliarden? Aus dem Verteidigungshaushalt natürlich. Der müßte lediglich um sechs Prozent, nämlich von zur Zeit 31,5 Milliarden Euro auf 29,5 Milliarden Euro gesenkt werden.« G.M.

Quellen: www.german-foreign-policy.com/de/fulltext/58137, www.steinbergrecherche.com/deutschekriegler.htm#Gewerkschaftsfuehrer

Krieg ist nur ein Gewinn für die Reichen

Am 1. September, dem Antikriegstag (Weltfriedenstag), machte eine kleine Demonstration auf dem Marktplatz in Eberswalde auf den Ausbruch des 2. Weltkriegs vor 72 Jahren aufmerksam. Mitglieder der DKP-Grundorganisation Oberbarnim stellten mit Unterstützung der Redaktion der Zeitschrift »RotFuchs« und gemeinsam mit einigen Genossen der Partei DIE LINKEN Literatur vor, in der insbesondere die Verantwortung Deutschlands für den verheerendsten aller Kriege nachlesbar ist, der in fast 6 Jahren über 20 Millionen Tote gefordert und die ganze Erde erfaßt hatte.

Auch an unserer Stadt ist er nicht spurlos vorbeigegangen. Von Neuruppin aus hat die deutsche Luftwaffe in einem letzten todeswütigen Angriff die Innenstadt von Eberswalde mit Brand- und Splitterbomben in Schutt und Asche gelegt. Die Wunden sind bis heute noch an einigen Stellen sichtbar.

Als endlich am 8. Mai 1945 in Deutschland die faschistische Kriegsmaschinerie unter den wuchtigen Schlägen der Alliierten, auf unserem Gebiet insbesondere durch die Sowjetarmee, ihr Ende fand, atmeten die Menschen auf. Viele schwuren, alles zu tun, daß von deutschem Boden nie wieder ein Krieg ausgeht. Aber die Rechnung machten andere. Zwar waren mit der Niederschlagung des imperialistischen Japan im August 1945 die brutalsten Kräfte des Imperialismus ausgeschaltet, aber der »Frieden der Welt« war nicht von langer Dauer. »Der Schoß war fruchtbar noch, aus dem das kroch«, sagte Bert Brecht in einem seiner Gedichte. Wie richtig diese Feststellung war, erleben wir bis auf den heutigen Tag und fast jeden Tag mehr.

Befreiungskriege, besonders in den Kolonialländern Asiens, riefen das um seine Pfründe besorgte Kapital auf den Plan.

Vietnam, Korea, Laos, Kambodscha und China – das volkreichste Land der Erde – sowie Kuba in Mittelamerika, schüttelten die ausländische Einmischung ab. Dem international organisierten Kapital drohte der Untergang. Sehr schnell griffen die ehemaligen Kriegsgegner USA, Großbritannien, Frankreich auf Deutschland (BRD) zurück. Der Hauptfeind war wieder einmal der Kommunismus. Ihm mußte mit allen Mitteln Einhalt geboten werden. Da war auch eine Spaltung

Deutschlands nicht zu schade. Schritt für Schritt etablierte sich das Militär »Die Bundeswehr«. Unter Nutzung der kriegserfahrenen, ehemaligen Nazigenerale züchtete man unter dem Deckmantel des »Bürgers in Uniform« eine neue Generation im Dienste des Kapitals heran. NATO-Beitritt, Aufrüstung und Inanspruchnahme des konservativen Finanzkapitals ließen die BRD zu einem Industriestaat mit militärisch-industriellem Komplex erster Güte in Europa heranwachsen. Nur die Mauer störte, denn jenseits dieser Grenze gab es einen »Wächter«. Kriegslüsterne Kräfte rüttelten an der Realität, bis es 1989 endlich gelang, den »Erzfeind« zu überwinden. Gestützt auf das veräterische Verhalten sowjetischer Politiker brach es wie eine Flut über die sozialistischen Länder herein. Alle Versprechungen eines »Kanzlers aller Deutschen« waren bald vergessen. Der große Raubzug begann. Aus der versprochenen Abrüstung bei den Verhandlungen »4+2« wurde nach dem 11.09.2001 eine Antiterror-Kriegspsychose ohnegleichen entfacht. Aber: »Krieg ist kein Gesetz der Natur und

der Frieden ist kein Geschenk!« heißt es in dem bekannten Friedenslied. Der Frieden muß täglich aufs Neue erkämpft werden. Das geht nur und wird erfolgreich sein, wenn sich alle nicht vom Profitstreben besessenen Kräfte zusammen tun und darum ringen. Nicht Buddha, Mohammed und Christus trennten und trennen die Menschen. Die Religionen werden nur für die Sache des Krieges benutzt. Was die Menschen trennt und sie um ihre Freiheit ringen läßt, ist der ständig wachsende Gegensatz zwischen arm und reich. Wie schwierig diese Aufgabe zu lösen ist, zeigt die jüngste Vergangenheit. 40 Jahre friedliche Erziehungsarbeit ohne Profitsucht in der DDR haben es nicht vermocht, die Gier nach Reichtum und Geld in den Hirnen eines Großteils der Menschen auszulöschen. Schon heute, nachdem das unbegrenzte Kapital auf dem ehemaligen Boden der DDR seinen Einzug gehalten hat, haben viele die Warnung vergessen: »Krieg ist Vernichtung, ist Grauen, ist Tod! Nur der Frieden bringt Wohlstand, das tägliche Brot!«

Darum: Wer Kriegsmaterial schmiedet und es auch um des Profitwillen verkauft, schürt den Krieg, wer den Krieg dann auch noch gegen andere Länder führt, handelt verbrecherisch gegen die Menschheit und muß unschädlich gemacht werden!

In der Zeitschrift »Rotfuchs« finden Sie viele Informationen, wie man in Frieden leben kann, auch wenn's dem bösen Nachbarn nicht gefällt. In diesem Zusammenhang soll noch einmal auf die Veranstaltung des »Rotfuchs« am 15.09.2011, in der Freien Schule Finow, Biesenthaler Straße 14/15, 16 Uhr, hingewiesen werden, zu der Gäste gern gesehen sind.

GO der DKP Oberbarnim



Wanderplan

Der aktuelle Wander-, Radtouren- und Veranstaltungsplan der NaturFreunde Oberbarnim-Oderland e.V. hält wieder zahlreiche Veranstaltungen bereit. Von Wanderungen über Radtouren, von Pilzspaziergang bis Touren durch die Neumark ist wieder für viele etwas dabei. Der Plan liegt bei den Tourist-Informationen Bad Freienwalde, Eberswalde, Wriezen, Strausberg, Bernau, Biesenthal, Angermünde, Wandlitz und Schwedt und im Binnenschiffahrtsmuseum in Oderberg für Interessenten kostenlos bereit. Wer die Möglichkeit der Abholung nicht besitzt, der kann sich den Plan auch kostenfrei zusenden lassen. Einfach unter 03344-333200 kostenlos bestellen. Im Internet ist ebenfalls der aktuelle Plan unter www.bergfrei.de abrufbar.

BERND MÜLLER

»Neue Spartakusgruppe« erneut aufgewertet

Eberswalde (bbp). Seit Juni steht Karl-Heinz Blättermann jeweils am ersten Montag im Monat mit einem Infostand der »Neuen Spartakusgruppe« am Max-Reimann-Denkmal am Eingang des Brandenburgischen Viertels. Die erste Veranstaltung am 2. Mai war von der Barnimer Polizei unter fadenscheinigen Gründen verboten worden. Das Verbot wurde per Gerichtsschluß aufgehoben (BBP 6/2011). Die »Neue Spartakusgruppe« erhielt dadurch eine nicht erwartete Präsenz in der Öffentlichkeit.

Inzwischen wurde es ruhig um die »Neue Spartakusgruppe«. Der Zulauf zu den Kundgebungen hielt sich in Grenzen. Damit wollte sich der Eberswalder Stadtvorstand der LINKEN nicht abfinden und veröffentlichte in der aktuellen Ausgabe der »Offenen Worte«, der Kreiszeitung der Barnimer Linken, eine Er-

klärung, mit der sich der Stadtvorstand von der »Neuen Spartakusgruppe« ausdrücklich distanziert. »Die Eberswalder LINKE wird sich an den angekündigten Versammlungen im Brandenburgischen Viertel nicht beteiligen«, wird klargestellt. Die politischen Ziele der »Neuen Spartakusgruppe« und deren »Kampfprogramm« stünden nicht im Einklang mit dem Programm der LINKEN und widersprechen ihren gesellschaftlichen Zielen sowie ihrem Demokratieverständnis, heißt es in der Erklärung. Dabei kann als sicher gelten, daß das »Kampfprogramm«, bestehend aus einem Deckblatt und einer Dokumentensammlung, beim Stadtvorstand nicht bekannt ist. Er freue sich, sagte Blättermann zu der Erklärung, daß nunmehr auch der Stadtvorstand der Linken von seiner »Neuen Spartakusgruppe« Kenntnis genommen habe.

Umweltministerin Tack macht LINKE Wasserpolitik? (Teil 2)

Ein gutes Gedächtnis ist wichtig – das lernt man schon als Kind. Politiker belastet es eher, noch zu wissen, was man seinen Wählern vor der Wahl versprochen hat, vor allem wenn eigene Forderungen, in der Opposition aufgestellt, später in der Regierung zu realisieren wären. Die Forderungen der damaligen PDS-Fraktion (heute DIE LINKE) aus dem Jahre 2003, in einem Brief an Umweltministerin Anita Tack zitiert, waren Gegenstand des ersten Teils (BBP 8/2011). Hier nun die angekündigte Fortsetzung.

Die Ministerin hatte meinen Brief an ihre Abteilung Wasserwirtschaft weitergeleitet. Diese antwortete, ohne auf meinen Brief einzugehen. Die Abteilung lobte sich für ihre Politik der »ordnungsgemäßen Abwasserbeseitigung« – vorzugsweise durch Kanalisation und zentrale Großklärwerke – über den grünen Klee selber. Damit nicht genug, habe ich auch noch einen »Lagebericht 2011« erhalten zur kommunalen Abwasserbeseitigung im Land Brandenburg.

Meine Fragen werden wohl unbeantwortet bleiben. Deshalb habe ich Frau Ministerin einen weiteren Brief geschrieben, gewissermaßen einen Abschiedsbrief. Hier ist er:

Sehr geehrte Frau Ministerin Tack, hiermit komme ich zurück auf meinen Brief vom 05.06.2011. Sie haben ihn zur Beantwortung an Ihre Abteilung Wasserwirtschaft weitergeleitet. Von dort habe ich mit Datum vom 29. Juni einen Brief erhalten. Leider ist mit diesem Brief keine einzige meiner Fragen beantwortet. Er enthält auch keine Stellungnahme zur Realisierung der Forderungen Ihrer Partei unter Ihrer

Führung. Der Brief nimmt mit keiner Silbe Bezug auf den Inhalt meines Schreibens. Das ist schon eine feine Leistung und ich gratuliere Ihnen ganz herzlich zu solchen Mitarbeitern, die mit dem, was sie vielleicht als Antwort gedacht hatten, zielgenau das Thema verfehlt haben.

An mir sattsam bekannten Ausführungen zu den Dogmen, nach denen in Ihrem Hause Abwasserpolitik gemacht wird, immer unter der Überschrift einer »ordnungsgemäßen Abwasserbeseitigung«, war ich wirklich nicht interessiert. Da gebe ich Ihren Herren durchaus recht.

Eine Nicht-Antwort jedoch als sog. »richtigstellende Hinweise« zu bezeichnen – eine solche Arroganz ist wohl kaum noch zu überbieten.

Ich stelle zusammenfassend fest, daß die Umweltministerin der Partei DIE LINKE die von ihr und ihrer Partei zu recht heftig kritisierte, verfehlte Wasserpolitik der Landesregierung jetzt in gerader Linie Platzeck - Speer - Birthler- Woitke (alle SPD) fortsetzt und sich damit meilenweit von den Forderungen ihrer Partei verabschiedet hat.

Diese Tatsache werden wir in unserem brandenburgweiten Netzwerk der Bürgerbewegung für einen nachhaltigen Umgang mit Wasser auswerten und im deutschlandweiten Netzwerk »Wasser in Bürgerhand« bekanntmachen. Danach werden wir entscheiden, ob Ihre Partei noch als Partner der Bürgerbewegung in Frage kommt und - wenn ja - in welchem Umfang. Hochachtungsvoll...

Dem ist nur noch hinzuzufügen, daß ich mich wohl bei den Lesern der BBB entschuldigen muß – jedenfalls für die Schlußfloskel »hochachtungsvoll«. Es fällt mir schwer, vor einer Ministerin, die sich so fehlverhält, wie ich es leider erfahren mußte, wirklich Hochachtung zu haben. Ehrlicher wäre es gewesen zu schreiben: mit leider fehlender Hochachtung – aber das wäre wohl unhöflich gewesen und Höflichkeit hat – wir erleben es täglich – unbedingt Vorrang vor der Wahrheit!

JOHANNES MADEJA,
Kreistagsabgeordneter BVB/ Freie Wähler

»Ein leistungsfähiges Bundeswasserstraßennetz ...?«

Podiumsdiskussion am 19. September in Eberswalde

Die Bundesregierung hat mit der Reform der Wasser- und Schifffahrtsverwaltung des Bundes (WSV) vor, die verfügbaren Investitionen auf die Teile der Wasserstraßeninfrastruktur zu konzentrieren, die bereits heute oder zumindest absehbar über ein hohes Verkehrsaufkommen verfügen. Hierbei wird in Kauf genommen, daß bei Wasserstraßen ohne hohem Transportaufkommen und ohne herausragendem Entwicklungspotenzial die Investitionen reduziert werden. So berichtete das Bundesverkehrsministerium an den Haushaltsausschuß des Bundestages.

Das politische Ziel, den Anteil des Gütertransportes auf den Wasserstraßen zu steigern,

wird in nachrangigen Netzteilen aufgegeben. Das bedeutet, daß der begonnene Ausbau der Havel-Oder-Wasserstraße (HOW) zwischen Berlin und Stettin nicht weiter betrieben wird.

Was bedeutet das für die Region nordöstlich von Berlin? Ist die Refinanzierbarkeit der bereits geleisteten Investitionen von Bund, Land, Kommune und Unternehmen gefährdet? Gemeinsam mit den Experten auf dem Podium möchten wir diese und andere Fragen mit den Akteuren aus Politik, Wirtschaft und Verwaltung sowie mit allen an der Thematik interessierten Bürgerinnen und Bürgern diskutieren.

HEIKE STUMPF,
Friedrich-Ebert-Stiftung Brandenburg

Ablauf

Begrüßung durch Eugen Meckel, Leiter des Landesbüros Brandenburg der Friedrich-Ebert-Stiftung;

Impulsreferat »Zum aktuellen Stand der WSV-Reform« von Uwe Beckmeyer, MdB, Verkehrspolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion
Podiumsdiskussion mit Jörg Vogelsänger (Minister für Infrastruktur und Landwirtschaft Land Brandenburg), Uwe Beckmeyer (MdB), Jürgen Sauter (Leipa Schwedt/Oder), Wladyslaw Lisewski (Mitglied des Vorstandes, Direktor für die Entwicklung der Häfen Port Szczecin und Swinoujscie S.A.), Michael Reckzeh (Personalratsvorsitzender WSA Eberswalde).

BUND bringt Bewegung in die Flußlandschaft

Im August, vor dem Ende der parlamentarischen Sommerpause, hat der Bund Umwelt und Naturschutz Deutschlands (BUND) mit der Veröffentlichung seiner Studie zum Zustand der deutschen Flüsse die Politik an liegengebliebene Hausaufgaben erinnert.

»Zu recht«, meint Bundestagsabgeordnete Sabine Stüber, DIE LINKE. »denn die Ansätze eines bundesweiten ökologischen Konzepts für unsere Flüsse sind ins Stocken geraten. Der BUND hat den Zeitpunkt für seine Studie gut gesetzt und gleich zu Beginn der zweiten Halbzeit für diese Legislatur politisches Handeln für einen verbesserten Hochwasser- und Naturschutz an den deutschen Flüssen eingefordert.«

Die Bundesregierung reagierte mit der Ankündigung eines »Gesamtkonzeptes Elbe« prompt. Danach wollen Bundesumwelt- und Bundesverkehrsministerium auf der Grundlage der veränderten EU-rechtlichen Bedingungen gemeinsam ein ressortübergreifendes Flußkonzept für einen »guten ökologischen Zustand« der Elbe entwickeln. »Damit diese Initiative kein Sturm im Wasserglas wird, muß jedoch der gesellschaftliche Dialog die Konzeptentwicklung für die Elbe von vornherein begleiten. Für den Erfolg ist die Akzeptanz der Öffentlichkeit eine entscheidende Voraussetzung«, so Sabine Stüber. »Es geht aber nicht nur um die Elbe, wir brauchen für ganz Deutschland eine neue Flußpolitik. So gibt es auch

an der Oder noch einiges zu tun, bis ein guter ökologischer Zustand für den gesamten Strom erreicht sein wird. Es sind mehr Überschwemmungsflächen, mehr Auenbereiche nötig und auch die Durchgängigkeit für weitwandernde Fischarten muß weiter verbessert werden. Das alles ist auch nur in guter Zusammenarbeit mit unseren polnischen Nachbarn zu erreichen.« Für den Hochwasserschutz und zur Sicherung der biologischen Vielfalt ist die naturnahe Entwicklung der Flußlandschaften hin zu einem guten ökologischen Zustand zwingend erforderlich und soll nach der EU-Wasserrahmenrichtlinie bis 2015 europaweit erreicht werden.

JANA MULEMBA

VIII

Sport und Faschismus. Heftiger Streit wurde um Carl Diem (1882-1962) vor allem auf zwei Tagungen im Dezember 2010 ausgetragen. Eine veranstaltete die Deutsche Sporthochschule (DSHS) Köln (von Diem gegründet, dessen langjähriger Arbeitsort als Sporthistoriker; noch heute Bastion seiner Schüler und Bewunderer). Die zweite fand an dem von Wolfgang Benz geleiteten Zentrum für Antisemitismusforschung (ZAF) der TU Berlin statt. Beiträge der Kontrahenten bringt das Märzheft 2011 der von Benz edierten Zeitschrift für Geschichtswissenschaft (ZfG). Zudem erschienen eine Biographie /1/ und eine Dissertation aus dem ZAF /2/. Diem war Spitzenfunktionär und prominentester deutscher Repräsentant der olympischen Bewegung von Kaiserreich bis BRD, Organisator für die Olympiade-Projekte von Berlin 1916, Berlin 1936, Garmisch 1940. Für heutige Verteidiger und Verharmloser war der Nationalkonservative »politisch naiver« Vertreter »unpolitischen Sports« mit »Distanz zum NS-Regime«, der nur »das Pech« hatte, daß Lebenszeit und -umstände ihn »in Schuldzusammenhänge verstrickt(e)«.

Heute bekannte Details disqualifizieren ihn aber als Glanzfigur sportlicher Traditionspflege. Noch am 18.3.1945 rief er die auf dem Olympiagelände angetretenen Hitlerjungen auf, ihr Leben wie die in der Thermopylenschlacht gegen die persische Übermacht gefallenen spartanischen Krieger einzusetzen.

Auch der zweite Mann des westdeutschen Olympiasports war nicht eben Vorzeigedemokrat. Karl Ritter von Halt (1891-1964), 1933 NSDAP, 1936 Freundeskreis Heinrich Himmler, 1944 letzter Reichssportführer, durfte 1950-1964 als IOC-Mitglied amtieren.

Der Deutsche Olympische Sportbund (DOSB) vergibt inzwischen die »Carl-Diem-Medaille« nicht mehr. In Münster wurde eine nach Diem benannte Straße umbenannt.

IX

Gestapo nach 1945. Ein Sammelband dieses Titels /3/ stellt Verbleib und Karrieren der Funktionselite des Reichssicherheitshauptamtes (RSHA) dar. Innerhalb dessen Amtes IV bildete Gestapo zusammen mit Kripo die Sicherheitspolizei (Sipo). Anfang 1944 betrug die Iststärke der Gestapo ca. 31.000, der Kripo knapp 13.000, des Sicherheitsdienst (SD) der SS 6.500 Mann. Von diesen etwa 50.600 RSHA-Angehörigen überlebten über die Hälfte das Kriegsende. Soweit nicht geflüchtet bzw. abgetaucht (»einige Zehntausend« lebten illegal), kamen sie in den Westzonen in »automatischen Arrest« (Internierung), der 1947 endete. Damals begannen die Entnazifizierungen vor den Spruchkammern. In der britischen Zone wurden 72% der betroffenen Gestapoleute (1.988 Fälle) verurteilt, davon 36 % zu Geld-, 62 % zu Haftstrafen. 63 höhere Gestapochargen erhielten im Schnitt um 1 Jahr 7 Monate, die durch die Internierung abgegolten waren.

Blick in neue Fachliteratur (Teil 3):

Heimkehr der Faschisten

von Rolf Richter

Anlaß unserer Serie (Teil 1 u. 2 in BBP 5 u. 7/2011) war die namentlich von CDU-MdL in Kooperation mit BStU und RBB betriebene »Stasi-Kampagne«. Auffällig dabei ist die Beschönigung der Eingliederung schwer belasteter Nazis nach 1945 im Vergleich zur Skandalisierung der Beschäftigung z.B. von IM in Brandenburg. Selbst scharfe Kritiker verharmlosen die »Heimkehr der Faschisten« als »Rückkehr in die Bürgerlichkeit« (Mallmann/Angrick), »gelungene Integration« (Burger). Und Egon Bahr rechtfertigt: »Wir hatten keine anderen, wir konnten nicht sofort umschalten« (Interview mit Alex Krämer im RBB, 7.6.2011).

Amnestieregelungen rehabilitierten ab 1950 viele NS-Täter. Das »131-Gesetz« (zu Art. 131 GG) öffnete ihnen den Weg zu Beamtenstellen und Pensionen des Öffentlichen Dienstes (ÖD). In Baden gelangten so 29% der ehemaligen Gestapoleute in den ÖD, davon überwiegend in den Polizeidienst. »So konnte es passieren, daß ... Kriminalbeamte Kollegen von einst wegen NS-Verbrechen festnahmen ...«, und »der langjährige Judenreferent der Stapo-Außenstelle Freiburg war ausgerechnet am dortigen Entschädigungsgericht tätig, also an jener Behörde, die die Wiedergutmachungsansprüche der Opfer des NS-Regimes regeln sollte...«. An der Abfassung des »131-Gesetzes« war jener Dr. Globke als Staatssekretär im Kanzleramt beteiligt, der seit 1932 für das Innenministerium die Juden betreffenden Namensrechts-Verordnungen und den Kommentar der »Nürnberger Gesetze« formuliert hatte (Eichmann/Schramm, vgl. unten).

Ein Beitrag mit Thriller-Qualität im Gestapo-Band (B. Brunner, Ganz normale Lebensläufe) betrachtet die verhinderte Strafverfolgung der Tätergruppe des »Frankreich-Komplexes«. Die in den einzelnen Ländern des besetzten Europa eingesetzten Kräfte von Sipo und SD der SS waren jeweils einem BdS (Befehlshaber SiPo/SD) unterstellt, entsprechend in den Verwaltungseinheiten einem KdS (Kommandeur SiPo/SD). In Frankreich gab es 17 solche Bezirke, daher inklusive Ablösungen 40 als KdS und 35 als Stellvertreter tätige RSHA-Funktionsträger. Ihre Aufgaben: Bekämpfung der Widerstandsbewegung (Verhaftungen, Verhöre, Erschießungen), »Sühnmaßnahmen« (Geiselmorde), Verhaftung und Deportation der Juden (70.000) in Ghettos und Vernichtungslager. Verfolgung der Tatkomplexe Judendeportationen und Geiselmorde scheiterte an Nichtübernahme französischer Abwesenheitsurteile, an Verjährung der Beihilfetaten, an abgestimmter Verteidigungsstrategie eines Netzwerkes der Täter gemeinsam mit Rechtsschutzstelle im Justizministerium (später im AA) und parlamentarischer Sabotage des erwähnten FDP-MdB Achenbach (siehe Teil 1). So ergingen nur drei Urteile. Unter den Tätern der in Teil 1 erwähnte Barbie (KdS Lyon), SS-General Lammerding (Massenmord von Oradour; Verfahren 1981 eingestellt), Lischka (KdS Paris), dessen versuchte Entführung durch Beate und Serge Klarsfeld internationales Echo

find.- Beispiele für KdS-Karrieren nach 1945: Ltr. Wasserschutzpolizei Düsseldorf; BND; OVwGerichtsrat am LVwG Baden-Württ. (R. Bilfinger, Teilnehmer Wannseekonferenz); Senatspräsident LVwG Niedersachsen; Ministerialrat im BMW; Richter am LG Lüneburg (KdS Bordeaux, 40 Geiselmorde).

X

Geheimdienste & Militär. Wenn der BND ausgewählten Historikern einzelne Akten zugänglich macht (siehe Teil 1), so gewiß nicht freiwillig, sondern notgedrungen als Reaktion auf die vorherige Publikation von CIA-Beständen. Fälle von Nazi-Verbrechern in US- und westdeutschen Diensten hatten in den USA die Öffentlichkeit mobilisiert. Auf Basis eines Gesetzes zur Öffnung von Geheimdienstakten von 1998 (Nazi War Crimes Disclosure Act) erschien 2002 die Dokumentation freigegebener Akten, und 2003 legte der ehemalige Chef des CIA-Verbindungsstabs zur Gehlen-Organisation (»org«, US-Bezeichnung »Operation Rusty«) seine Erinnerungen vor. /4/ Außer ihm haben führende Ex-Offiziere der MfS-HVA /5/ und eine Magisterarbeit von Jens Wegener /6/ die erwähnten Akten verwertet.

Herbst 1944. In Ostpreußen verabredete Generalmajor Reinhard Gehlen, seit 1942 Chef der Abteilung Fremde Heere Ost (FHO) beim OKH, mit seinen engsten Mitarbeitern und Major Baun, Leiter des Stabes Ausland/Abwehr I (»Walli I«), operatives Teilstück der nach dem 20. Juli 1944 teilweise zerschlagenen Abwehr, gemeinsames Vorgehen bei dem bald erwarteten Kriegsende. Gehlen wollte die Spezialisten und geheimen Akten beider Abteilungen den US-Geheimdiensten anbieten, um eigenes Überleben und möglichen Neuaufbau deutscher Streitkräfte zu sichern. FHO war Auswertungszentrale für alle Nachrichten über die Rote Armee. Walli I hatte ein spezialisiertes Agentennetz für Spionage und Diversion im Osten. Beide zusammen konnten den Amerikanern umfangreiche Kenntnisse und operative Möglichkeiten im sowjetischen Machtbereich offerieren. Gehlens Plan gelang. Sowjetische Verbindungsmissionen fahndeten intensiv in den US-Lagern nach den feindlichen Geheimdienstleuten – FHO war am Aufbau der sowjetfeindlichen Wlassow-Armee beteiligt, Walli I an Kriegsverbre-

chen der Aktion »Zeppelin«. Gehlens Leute wurden versteckt und für einige Zeit in die USA ausgeflogen, wo sie bereits 1945/46 für ein US-Handbuch-Projekt über die sowjetischen Streitkräfte zuarbeiteten.

Nach Ansiedlung bei München wuchs die Gehlen-Truppe rasch, vorzugsweise durch »die Anstellung schwer belasteter Nationalsozialisten ... So hatte die Balkan-Abteilung fast das gesamte Balkanetzwerk des SD übernommen, inklusive des ehemaligen Eichmann-Kollegen Otto von Bolschwing. Mehrere Angestellte der Berliner Dienststelle 12, verantwortlich für die Penetration der sowjetischen Besatzungszone, waren SS- oder Gestapo-Offiziere gewesen...« (Wegener). Bei der systematischen Einstellung ehemaliger SD-Angehöriger war Gehlens Personalchef war Willi Krichbaum die Schlüsselfigur. Er war ehemals Chef der Geheimen Feldpolizei (GFP) der Wehrmacht /7/. »Rasch sprach sich die Anwerbung herum, sodaß die Einstellung eines ehemaligen SD-Angehörigen bald darauf auch die Beschäftigung seines Freundes zur Folge hatte... So ging es dann weiter ... offensichtlich mit Gehlens Wissen und Billigung«. /4/

In Pullach waren allerdings nicht nur Nachrichtenleute. Mit US-Geldern und ohne ersichtlichen Zweck lebten dort auch hochrangige Ex-Generalstäbler: Adolf Heusinger (Ex-Chef Operationsabteilung des OKH, General Foertsch, später General Speidel, Rommels Stabschef. »Das Trio« entwarf, beraten von Panzer-Fachmann Guderian und Generaloberst Halder, Ex-Chef des OKH, im Geheimen und in niemands Auftrag Pläne zum Aufbau einer neuen Armee. Übrigens war keiner dieser Militärs aktiver Teilnehmer des militärischen Widerstands. Im Gegenteil, aus Pullach soll eine Kampagne gegen den 20. Juli ausgegangen sein. /6/ »Es galt als eindeutiger Verstoß gegen gültige scharfe gesetzliche Bestimmungen der Militärregierung, wenn sich eine Gruppe deutscher Generale zusammensetzte, um eine Wiederbewaffnung zu beraten«, so Critchfield. Ganz harmlos schrieb der US-Aufpasser »Irgendwann ... wurde ... [uns] bewußt, daß der »Organisation Gehlen« weitaus mehr Generalstabsoffiziere angehörten, als ich Ende 1948 vorgefunden hatte - und ihre Zahl wuchs ständig.« Rheinisch-schnoddrig meinte Adenauer 1954 »auf die ... naheliegende Frage, ob die Generäle Hitlers auch die seinen wären: Ich glaube kaum, daß die NATO mir 18jährige Generale abnehmen wird«. /8/

Literatur:

- 1 – F. Becker, Den Sport gestalten. Carl Diems Leben, 4 Bde., Duisburg/Essen 2009/10
- 2 – R. Schäfer, Militarismus, Nationalismus, Antisemitismus. Carl Diem und die Politisierung des bürgerlichen Sports im Kaiserreich, Berlin 2011
- 3 – K.-M. Mallmann, A. Angrick (Hg), Darmstadt 2009
- 4 – deutsch: James H. Critchfield, Auftrag Pullach. Die Organisation Gehlen 1948-1956. Hamburg 2005
- 5 – K. Eichner, G. Schramm (Hg), Angriff und Abwehr. Die deutschen Geheimdienste nach 1945. Berlin 2007; hier Nachweise der freien Akten
- 6 – Jens Wegener, Die Organisation Gehlen und die USA. Deutsch-amerikanische Geheimdienstbeziehungen 1945-1949. Berlin 2008
- 7 – R. Winter, Täter im Geheimen. Krichbaum zwischen NS-Feldpolizei und Organisation Gehlen. Leipzig 2010
- 8 – F. Pauli, Wehrmachtsoffiziere in der Bundeswehr. Pa-

Hochzeit machen, das ist wunderschön...

Auch der Ministerpräsident war eingeladen worden, dem Großereignis des Jahres beizuwohnen, und er hat die Einladung, wie zu sehen war, auch angenommen. Allerdings flitzten seine Frau und er, sie mit einer Art aufklappbarer Baskenmütze auf dem Haupte, er in Weste und Frack, unangemessen schnell an den Kameras und den Vertretern der bildungsfernen Schichten am Straßenrand vorbei hin zur Kirche. So, als wolle er eigentlich gar nicht richtig wahrgenommen werden. Ein Ausdruck später Scham vielleicht? Sei es drum.

Versammelt war der sogenannte Hochadel, also jene Horde, die immer noch so tut und lebt, als sei sie die Elite der Nation. Nicht zugegen waren die vielen Abkömmlinge der hohen Häuser, die durch Schwachsinn, Erregung öffentlicher Ärgernisse, Alkoholismus oder sexuelle Hörigkeit zumindest für die Leser der bunten Gossenblätter keine Unbekannten sind. Es fehlte auch die Familie von und zu Guttenberg – die war gerade beim Umzug nach Amerika, wo sie lange, lange bleiben möge. Aber sonst waren sie alle da, fast alle. Die allernächste Verwandtschaft des Herrn Bräutigam mußte, so der unumstößbare Wille des kaiserlichen Urur – oder gar Urururenkels, der pompöskitschigen Inszenierung fernbleiben wegen Kader- und Finanzproblemen. Kurz gesagt ging es um die Platzhirschfrage im »Hause« Hohenzollern. Zu empfehlen wäre ein klärendes Duell.

Der übereitle, mehrfach gesichtsmäßig zu rechtgerückte Laffe Joop bot sich als Ersatzkraft an, zumal er das Brautkleid entworfen hatte, das nicht anders aussah als die nämlichen Gewänder diverser anderer Edelbräute. In der ihm eigenen Bescheidenheit indes wurde er nicht müde, seine Kreation zu preisen, in der er die Fontäne von Sanssouci nachempfunden habe, die, so fügte er hinzu, der Alte Fritz leider nur einmal habe in Aktion bewundern können. Merke: Joop ist ein Wissender!

Daß Leute heiraten, kommt häufig vor. Daß die Medien einer bestimmten Sorte von Leuten einer bestimmten Sorte die Verbräutungen von Adligen oder protzenden Ex-Tennispielern nicht vorenthalten können und per Sonderausgaben oder Endlosreportagen damit ihr Image ebenso bedienen wie ihre Gewinninteressen, gehört zur Volksbildung unserer Tage. Daß nun aber der einst als »Rotfunk« geschmähte RBB sich auf das »Niveau« der »Bunten«, von BILD und RTL herabbeigibt, den Stuhlgangzähler der Fürsten und Prinzen, einen gewissen Herrn Eggebert, bittet, seinen Senf zur großen Paarung dazu zu geben; daß Frau Jury, sonst nicht ohne Ironie und Keckeheit im Umgang mit Autoritäten, sich vor Ergriffenheit kaum halten kann beim Aufzählen der Nobilitäten samt deren Rocklänge bzw. Krawattenfarbe und schon gar nicht, als der Major der Reserve, der Hoheit auch noch ist, seine Herzensprinzessin abbusserlt – das geht auf keine Brautjungfernhaut. Von den zahlreichen

Vorausmeldungen mal abgesehen, waren dem famosen Sender drei Stunden Originalübertragung noch nicht genug – am Abend gab es für Mittags abwesend gewesene Gebührenzahler noch eine Zusammenfassung der lächerlichen Inszenierung, wobei der Hinweis darauf nicht vergessen wurde, daß der Bräutigam jetzt deutscher Kaiser sein könnte, wär nicht das verfluchte Jahr 1918 dazwischengekommen. Dann doch lieber Frau Merkel...

Schließlich war dem RBB noch ein Fünfmünutenbeitrag am Folgetag wichtig, in dem das Beräumen der Festsäle gezeigt wurde. Unter anderem sah man handfeste Männer, die die Blumen in den Preußenfarben auf den Müll schmissen. Wer einen gewissen Sinn für Symbolik hat, konnte sich was dabei denken...

Dabei hätte alles so schön werden können. Nämlich dann, wenn sich ein risikofreudiger Kühner im Sender gefunden hätte. Dem wäre vielleicht der Einfall gekommen, statt des gepuderten Hofberichterstatters Eggebert sagen wir mal den Kabarettisten Steimle oder Königin Beatrix alias Hape Kerkeling einzuladen oder beide. Der eine hätte den Platz von Britta Elm am Straßenrand besetzen können, der andere säße im Studio. Während vor Ort alle Steimle zu jeder der vorüberdefilierenden Schranzen gewiß eine fette Pointe gefunden hätte, könnte Hape K. was vorlesen. Ein paar Passagen aus William Thackerays »Jahrmarkt der Eitelkeiten« oder einschlägige Zitate zum Bildungsauftrag der öffentlich-rechtlichen Fernsehsender. Angeboten hätten sich auch Bemerkungen zum Begriff der Bescheidenheit, war doch zu hören, daß Hoheit und Hoheitin in »bescheidenen Verhältnissen« leben. Wie die Hartz-Vierer in Lichtenberg.

Aber weit und breit war kein risikofreudiger Kühner. War auch keiner, der sich heimlich schämte? Ich weiß es nicht. Ein anonymer Amateurfotograf stellte einen tollen Schnappschuß ins Netz, zeigend einen Dackel beim Bepissen der Achtpännerkutsche, die die Hoheiten, hinten im Bild, transportiert hatte. Wüßte ich, wo Herr und Hund wohnen, trüg ich noch heute zwei feinste Knackwürste zur Post. Deutsche Mitbürger! Schützt jeden Dackel, den ihr trifft!

Dr. STEFFEN PELTSCH

Farben – Freude

Zur Eröffnung der neuen Ausstellung »Farben – Freude« lädt die Dr. Dagmar Enkelmann am Dienstag, den 13. September um 17 Uhr ins Bürgerzentrum DIE LINKE, Berliner Str. 17 ein. Der Bernauer Frank Gaethke präsentiert seine Malereien in Acryl. Gaethke, der sich sehr stark in der Volkssolidarität engagiert und dort vor allem durch seine fundierte Rentenberatung bekannt ist, empfindet Freude, wenn er mit Farben gestalten kann. Und dies ist den Bildern anzusehen.

BÄRBEL MIERAU

Unvergessen:

Eberswalder Widerstand im Nationalsozialismus

Zum 70. Todestag von Hans Ammon

Das Jugendbündnis Für Ein Tolerantes Eberswalde hat im März vorgeschlagen, zum 70. Todestag des Eberswalder Widerstandskämpfers Hans Ammon, das Gebäude der alten Berufsschule und des zukünftigen Bürgerbildungszentrums in der Puschkinstraße »Hans-Ammon-Haus« zu nennen. Die Geschichte des Eberswalder Widerstandes sei in den letzten Jahrzehnten leider etwas in Vergessenheit geraten und muß wieder neu belebt werden, regte das Jugendbündnis an. In ganz Deutschland gab es während der Zeit des Nationalsozialismus mutige Frauen und Männer, die sich nicht mit den unmenschlichen Verhältnissen, dem Krieg, der Diktatur und dem Massenmord an Millionen Menschen abfinden wollten. Dem Vorschlag beigefügt war eine von FLORIAN GÖRNER verfaßte Kurzbiographie Ammons, die wir im folgenden wiedergeben:

Die Erinnerung an Hans Ammon soll zeigen, daß es auch in Eberswalde Menschen gab, die sich nicht mit den herrschenden Verhältnissen zufrieden gaben und die sich gegen eine übergroße Mehrheit stellten und dafür letztlich mit dem Leben bezahlten.

Hans Ammon war so ein Mensch. Er hat trotz mehrmaliger Schikane und Verhaftung zusammen mit seinen Mitstreitern Fritz Pehlmann, Walter Kohn, Otto Kracheel und anderen in Eberswalde, von der Machtergreifung im Jahr 1933 bis zum Verrat der Gruppe im Jahr 1941 gegen die Nazis Widerstand geleistet, indem sie z.B. antifaschistische Flugblätter und Zeitschriften verteilten und Losungen an Hauswänden anbrachten. Nachdem sie im August 1941 verraten und verhaftet wurden, hat man viele Mitglieder der Gruppe in Polizeigefängnissen ermordet oder in Konzentrationslager verbracht.

Natürlich soll hier auch der spätere Umgang mit der Widerstandsgruppe während der DDR-Zeit nicht außer acht gelassen werden. Denn hierauf läßt sich der Verlust an Bedeutung für die Stadtgeschichte und das langsame Vergessen der Akteure des Eberswalder Widerstands zurückführen. Die DDR-Erinnerungskultur und ihre antifaschistische Tradition muß deshalb kritisch hinterfragt werden, die Quellen zum Thema Eberswalder Widerstand müssen heute aufgearbeitet und in einen neutralen und sachlichen Kontext gestellt werden.

Die Ammon-Pehlmann-Gruppe

Neben Fritz Pehlmann, Otto Kracheel, Walter Kohn und anderen, war Hans Ammon einer der führenden Figuren des Eberswalder Widerstandes gegen den Nationalsozialismus.

Hans Ammon wurde am 15. August 1901 als Arbeiterkind in Eberswalde geboren. Er verbrachte seine Jugendjahre in Eberswalde und absolvierte in den Ardeltwerken eine Ausbildung zum Kermacher. Bereits in jungen Jahren engagierte er sich politisch. Zuerst in der sozialistischen Arbeiterjugend, in der Gewerkschaft der Metallarbeiter und in der SPD, dann, ab 1926, in der Kommunistischen Partei.

Während der Zeit des Nationalsozialismus war Hans Ammon im Untergrund weiter für den kommunistischen Widerstand tätig. Die Eberswalder Gruppe wurde als Lesekreis »Gutenberg« getarnt und konnte so lange Jahre überdauern. Trotzdem gab es mehrere Verhaftungen. Hans Ammon wurde bereits Mitte



Am 12. Juni 1997 beschloß die Eberswalder Stadtverordnetenversammlung auf Vorschlag der SPD den »Hans-Ammon-Park« in »Am Weidendamm« umzubenennen. Die Pläne zum Abriß des OdF-Denkmal im Ammonpark riefen 1995 heftige Proteste unter dem Motto »Opposition gegen das Vergessen« hervor.

1933 von der SA verhaftet und ins Konzentrationslager Oranienburg verschleppt. Zu Weihnachten 1933 kam er aber wieder frei und geriet sofort in die Arbeitslosigkeit. Seine Frau Elisabeth Ammon unterstützte ihn deshalb wo sie konnte. Erst im Jahr 1935 fand Hans Ammon wieder Arbeit in der Eberswalder Industrie. Dies tat seiner Aktivität im Widerstand gegen die Nazis keinen Abbruch.

Während der gesamten 30er Jahre war er in der sog. Ammon-Pehlmann-Gruppe aktiv. Von den Mitgliedern der Gruppe wurden zahlreiche Flugblätter und die Zeitschrift »Astlochkieker« hergestellt und in Eberswalde zu verteilt. Weiterhin wurden Gruppen gebildet in denen man den Moskauer Rundfunk abhörte, Zwangsarbeitern half oder für den Kampf gegen die Faschisten in Spanien sammelte. Es wurde auch zur Störung der Rüstungsproduktion in der Eberswalder Rüstungsindustrie aufgerufen. Kontakte gab es über den Kunstmaler Fritz Pehlmann in den Berliner Widerstand und in die Widerstandsgruppe »Anton Saefkow«.

Das Technische Verständnis der Eberswalder Arbeiter half ihnen ebenfalls: legendär war der Einsatz eines sog. »Technischen Koffers«, der zum unauffälligen Druck von antifaschistischen Losungen auf auf Straßen und Wände genutzt wurde. Trotz zahlreicher Verhaftungen, Schikanen und Mißhandlungen durch SA und SS konnte die Gruppe bis 1941 aktiv im Untergrund arbeiten.

Im Jahr 1941 wurde sie dann vom Spion Paul Bogen infiltriert und an die Nazis verraten. 24

Mitglieder der Gruppe wurden am 6. August 1941 verhaftet und in das Potsdamer Gestapo-Gefängnis verbracht. Hans Ammon wurde dort durch Mißhandlungen am 11. September 1941 umgebracht. Seiner Frau teilte man mit, er sei an einer Nierenbeckenentzündung verstorben. Im Jahr 1949 wurden die sterblichen Überreste Hans Ammons nach Eberswalde überführt und auf dem Friedhof in Ostend beigesetzt.

Widerstand aus heutiger Sicht

Der Widerstand in Eberswalde ist in den letzten Jahren leider in Vergessenheit geraten. Bis zur Wende wurde mehr an die Akteure der Ammon-Pehlmann-Gruppe erinnert. Straßen, Plätze und sogar Schulen waren nach den Widerstandskämpfern benannt. Es waren Kommunisten, die in Eberswalde Widerstand geleistet haben. Die DDR-Führung hat sich in ihrem quasi staatlich verordneten Antifaschismus, allzu sehr auf sie berufen. Man kann sich also nicht mit den Widerstand in Eberswalde auseinandersetzen, ohne sich kritisch mit der späteren antifaschistische Erinnerungskultur in der DDR und den dortigen Umgang mit dem Widerstand zu beschäftigen.

Gewiß hatte der ostdeutsche Staat mit dem aktiven Erinnern an den antifaschistischen Widerstand und der kompromißlosen Verurteilung des Nationalsozialismus der BRD einiges voraus. Denn in der BRD wurde der Nationalsozialismus, zumindest am Anfang, oft verdrängt und vergessen. Allerdings wurde der

antifaschistischen Widerstand von der Staatsführung in der DDR gerne instrumentalisiert, um ihn für die tagespolitische Auseinandersetzung mit der BRD und deren »neuen Faschismus« zu nutzen. Der Verweis auf den Antifaschismus half der DDR-Führung, sich gegenüber der BRD als »besseren« deutschen Staat zu generieren. Das Gedenken an den Widerstand im Dritten Reich wurde weitestgehend ritualisiert. Es geriet zum Pflichtprogramm ohne wirklichen Anspruch, die Bürger für die Leistungen der Widerstandskämpfer innerlich zu begeistern. Er erstreckte sich zudem hauptsächlich auf die Akteure der KPD, andere Widerstandsbewegungen, beispielsweise aus der Kirche, blieben weitgehend unbeachtet.

Vor diesem Hintergrund muß man dann die Quellenarbeit zum Widerstand in Eberswalde angehen. Fast alles, was man heute über den Eberswalder Widerstand weiß, wurde zu DDR-Zeiten ausgearbeitet und in einem propagandistischen Kontext verfaßt, der als posthumer Erfolg der Widerstands-Gruppe den Aufbau des DDR-Sozialismus in Eberswalde feiert.

Nach dem Ende der DDR schien auch dieser Teil der politischen Kultur obsolet. Die ungeliebten Gedenkveranstaltungen wurden als muffiges Ritual zur Legitimierung des alten, überwundenen Systems abgeschafft. Damit geriet der Widerstand auch in Eberswalde allmählich in Vergessenheit. Viele Eberswalder Straßen und Plätze, die den Namen von Widerstandskämpfern trugen, wurden Anfang der 90er Jahre sogar wieder rückbenannt.

Heute müssen wir aber wieder mehr die Leistung der Widerstandsgruppe an sich bewerten, unabhängig von späterer Instrumentalisierung und Gedenk-Ritualisierung durch den DDR-Staat. Widerstand zu leisten, sich nicht mit den herrschenden Verhältnissen abzufinden und unter Lebensgefahr gegen die Unmenschlichkeit des Naziregimes anzukämpfen, stellt nämlich einen besonderen Verdienst dar, den es auch heute noch zu würdigen gilt, egal welchem politischen Ideal sich der Widerstandskämpfer damals verpflichtet fühlte.

Die Geschichte des Eberswalder Widerstandes muß derweil nochmal aufgearbeitet und in einen neutralen und sachlichen Kontext gestellt werden. Die Benennung des Eberswalder Bürgerbildungszentrums wäre dafür der richtige Anlaß.

Quellen:

»Wir und unser Werk« VEB Eisengießerei Hans Ammon Britz, erschienen in Eberswalder Heimatkalender 1980 S.30/31

Benedict Ugarte-Chacon in Die politischen Haftlinge des Konzentrationslagers Oranienburg, www.stiftung-bg.de

Geschichte der Arbeiterbewegung in Eberswalde in »700 Jahre Eberswalde«, 1954, S.45

Eberswalder Heimatkalender 1979 S.40/41, zusammengestellt von Ludwig Ahrendt und Helmut Knop

Prof. Dr. Arno Klönne, DDR-Antifaschismus – nur ein Etikett? Ossietzky, 19.08.2007, www.links-net.de

Zwanzig Jahre Die Mühle e.V.

Vor mehr als 20 Jahren suchten die »Holzwürmer« des Kulturbundes einen unabhängigen Ort für ihre Freizeitkunst. Sie fanden ihn in der verfallenen Zainhammermühle. Zu ihnen gesellten sich bald die Maler. Die überschaubare Gruppe präsentierte 1991 ihre erste Ausstellung und gründete den Verein »Die Mühle e.V.«.

Die frühen Jahre waren gekennzeichnet vom Aufbruch in eine ungehinderte Entfaltung der Künstler, von schreienden Bildern mit viel roter Farbe, von Gedichten, die bei Kerzenschein und Rotwein an die Kellerwände geschrieben wurden und von abenteuerlichen Reparaturaktionen. Inzwischen sind die Künstler ruhiger geworden, aber manch »junger Wilder« ist von hier aus zum Kunststudium gegangen oder hat sein eigenes Atelier gegründet. Absolventen der Fachrichtung Holztechnik gründeten ihren eigenen Holzverarbeitungsbetrieb, nachdem sie sich im Verein ausprobiert hatten.

Das Mühlengebäude ist noch immer nicht vollständig nutzbar. Der Verein hat das Gebäude 2008 – kaum mehr als eine Ruine – dank der Unterstützung vieler Barmimer kaufen und durch Notsanierung von Archebögen und Dach retten können. 2010 wurde das Dach mit Mittel vom Landkreis Barnim, von der Sparkasse Barnim, aus der Mühleklasse und mit Lotomitteln des MIR fertiggestellt. Trotz eines gewissen maroden Charmes lieben die Vereinsmitglieder ihre nun unter Denkmalschutz stehende Mühle, nutzen sie als Werkstatt und Vereinstreff und locken mit dem wieder regulär stattfindenden »Sommer in der Mühle« hundert Eberswalder an den Zainhammer.

Am 9. Oktober zum Ausstellungsausklang »Sommer in der Mühle 2011« haben wir noch die Versteigerung – in diesem Jahr zugunsten der Atomopfer in Japan unter Schirmherrschaft der japanischen Botschaft und unter Beteiligung eines japanischen Künstlers.

Die Mühle etablierte sich zu einer festen Größe in der Eberswalder Kulturlandschaft. Die Ausstellungen, Vernissagen, Konzerte, Aktionen, Auktionen, Veranstaltungen und der Weihnachtskunstmarkt erfreuen sich ungebrochen großer Beliebtheit. Im Stadtbild und vielen Einrichtungen haben die Mühlenkünstler Spuren hinterlassen, hier nur einige: das Maskottchen »Borschtel« für die Landesgartenschau, das Bild »Gute FART« an der Verkleidung des Bahnsteigtunnels, die Sonnenuhr am Forstbotanischen Garten, Straßenbilder »Großstadtdschungel« vor und »Eberswalder Originale« in der Gaststätte Matisse, der »Mühlenspiralenweg« – ein roter Teppich über die gesamte Eisenbahnstraße vom Bahnhof bis zur Friedensbrücke – oder die Weihnachtspyramide und das Objekt »Sparen« in der Sparkasse.

Nicht zu unterschätzen sind soziales Engagement und ehrenamtliche Tätigkeit des Vereins, der vor der Stadtverordnetenversammlung Eberswalde dafür geehrt wurde. Mit der Ausstellung »Postum« über Siegfried Kersten und Heinz Wegener setzt der Verein die 1997 begonnene Unterstützung von Veteranen fort. In

dieser schönen Tradition folgen 2006 eine Ausstellung von Dieter Groß und 2009 eine Ausstellung von Helmut Lenk. Für den an Parkinson erkrankten D. Groß beginnt damit eine Erfolgsgeschichte. Heute hat er seine Bilder schon in vielen Kliniken ausgestellt und damit anderen Patienten die positive Wirkung einer kreativen Beschäftigung auf den Krankheitsverlauf gezeigt. Für H. Lenk ist die Ausstellung das schönste Geschenk zu seinem 90. Geburtstag. Mühlenkünstler malen und spenden für die Reparatur des Dachstuhls der Maria-Magdalenen-Kirche.

Zu den »Müllem« der ersten Stunde gesellten sich in den vergangenen 20 Jahren Metallbildhauer, Lyriker, Lichtkünstler, Keramiker, Papiergestalter, Fotografen, Mode- und Kostümgestalter, Musiker und Backofenbauer. Heute sind wir weit über 100 Mitglieder im Verein – Künstler sowie Förderer. Sie sind sich der großen Herausforderung bewußt und wollen es zukünftig für Ateliers, Dauerausstellung zur Mühlen Geschichte, Schauanlage zur Wasserkraftgewinnung, Musik- und Theaterwerkstatt, Markt, Café und Holzbackstube vollständig und für jedermann nutzbar machen.

Aber zunächst soll am 17. September das Jubiläum mit der Eröffnung der 100. Ausstellung »20 JAHRE DIE MÜHLE E.V.« (14.30 Uhr), einer Kunstbuchpräsentation und einer Straße der Mühlenkünstler (11 bis 17 Uhr) gefeiert werden. Folgende Aktionen sollen stattfinden: Portraitzeichnen (Catrin Sternberg, Nicole Will, Steffi Turzer), Aquarellzeichnen (Ines Frank), Märchenerzählen (Peggy Neumann), Schaudrehkeln (Rudolf Langer), Schautöpfeln (Angelika Swodenk), Mosaikgestaltung (Janin Pangsy), Holzarbeiten mit Kindern (Steffen Krause), Schmuckarbeiten (Inez Lanowski), Kalender 2012 (Steffi Turzer und Peter Schirmer), Grafiken aus rotem Teppich 2010 und Kostümpäsentation (Sabine Eggeling), Keramikzeichnen (Hanna Lühl), Bilder & Collagen (Heidrun und Eberhard Kröger), Kinderschminken (Peggy Neumann), Wandmalerei an der Mühle (Reinhard Wienke), Demonstration von Zapfen und Verbinden an einem Holzsägebock (Karl-Heinz Lauterbach), Herstellung eines Schnitzbocks (Uwe Körner und Holzwürmer), Präsentation des Backofenprojekts und Verkauf von »Mühlsteinbrot«, die Mühlenband »Black Aces« stellt sich vor.

Der Vorstand lädt alle kunstinteressierten Bürger und Freunde ein, den Tag gemeinsam mit den »Müllerinnen und Müllern« am Zainhammer zu begehen

Der Mühlenvorstand

Bitte beachten Sie, daß die Mühle ab dem 17.09.2011 wegen der Arbeiten an der Erlebnisachse Schwärzetal nur noch zu Fuß aus Richtung Forstbotanischen Garten oder Krankenhaus erreichbar ist. Bitte nutzen Sie auch den Parkplatz am Forstbotanischen Garten. Eine Anfahrt mit dem PKW bis zur Mühle ist nicht möglich.

13. Ausgabe des Extra-Blatt:

Aus dem Scheitern in der Vergangenheit lernen

Extra-Blatt, das Magazin für Politik und Zeitgeschehen, fordert in seiner aktuellen Ausgabe den Ausgleich zwischen Europa und den USA. Doch Mahnungen, aus dem Scheitern in der Vergangenheit zu lernen, haben wenig Aussicht, auf geneigte Ohren zu treffen. So wird es wahrscheinlich auch der 13. Ausgabe vom Extra-Blatt ergehen (<http://www.forumfilm.de>) die gerade in Hamburg herausgekommen ist. Die Tatsache nämlich, daß die Erwägungen, Vorstellungen und Pläne der deutschen Führungsschicht vor 1914, das Heft in Europa so oder so in die Hand zu nehmen, zum großen Clash mit der kommenden Weltmacht Amerika führte, ist so brennend aktuell, daß diese Mahnung nicht gehört werden wird.

Denn ein vereintes Europa wird automatisch, dank Finanz- und Wirtschaftspotential, zum natürlichen Konkurrenten der gegenwärtigen Weltmacht USA. Diese Entwicklung wurde just in dem Moment virulent, als sich Washington gerade mühsam mit dem Aufstieg Chinas familiär machte (1986, Paul Kennedy, Der Abstieg der großen Mächte). Es stellt eine der großen Verfehlungen deutscher Politik in Gegenwart und Vergangenheit dar (nur der Ablehnung des »englischen Bündnisses«, im Jahre 1901 vergleichbar), erwartet zu haben, die BRD könne geradezu lautlos, und hinter Europa versteckt, mit den USA um die Position einer »Weltmacht« konkurrieren.

Es befindet sich damit ein innerlich geschwächter Staat, äußerlich auf einem Höhepunkt seiner Geschichte scheinend, in der akuten Gefahr, zwischen den selbstgewählten Mühlsteinen der europäischen Einigung und der amerikanischen Freundschaft zermahlen zu werden. Denn ähnlich wie das Kaiserreich eine Flotte, als Waffe gegen die Überlegenheit Großbritanniens in der Welt, schmiedete, und ins Abseits geriet, begibt sich die Bundesrepublik (diesmal mit Festland-Europa) auf die abschüssige Straße, eine neue »Weltmacht« neben die noch weltbeherrschenden USA zu stellen.

Daß beide Male eine Antwort erfolgen mußte, erlebten und erleben wir mit dem Ersten Weltkrieg, und gerade mit dem Finanz- und Währungskrieg um Euro und EU. Daß sich Europa nun, geradezu sprachlos, diesen Gegebenheiten ausgesetzt findet, mag jener Überraschung gleichen, die in Deutschland langsam um sich griff, als z.B. Ludendorff erkennen mußte, einen welch bedeutenden militärischen Faktor die USA, 1917/18, an der Westfront in Frankreich darstellten. Die Kriegserklärung Deutschlands, im 2. Weltkrieg an die USA (Dezember 1941), bildete lediglich eine weitere Schraubendrehung in diesem (bewußten) Vorgang von Nichtverstehen. Und wie werden wir die Vorgänge um Athen, Rom, Paris, und auch London morgen kommentieren?

Dr. BERND SCHULTE



Bernd F. Schulte:
Deutsche Policy of Prentention – Der Abstieg eines Kriegerstaates 1871–1914.

Books on Demand,
Norderstedt 2009,
396 Seiten, 22,80 Euro.
Hamburger Studien
zu Geschichte und
Zeitgeschehen,
Reihe II, Band 1.
ISBN 978-3837022513

Die NATO aus heutiger Sicht

2. »Rotfuchs«-Lesertreffen in Eberswalde

Eberswalde (bbp). Zu ihrem zweiten Lesertreffen am 15. September in den Räumen der Freien Oberschule Finow (Biesenthaler Str. 14/15) hat die Eberswalder Initiativegruppe des »Rotfuchs«-Fördervereins Karl Rehbaum eingeladen, einst Führungsoffizier von Rainer Rupp, der als Kundschafter für die DDR und den Warschauer Vertrag im NATO-Hauptquartier tätig war. Karl Rehbaum spricht zum Thema »Die NATO aus heutiger Sicht« mit anschließender Diskussion. Beginn ist um 16 Uhr.

Veranstaltungen der Buchhandlung Mahler

28. Oktober: 19 Uhr, Märchenvilla Eberswalde
Lesung mit Täve Schur
Täve, *Die Autobiographie*

25. November: 19 Uhr, Märchenvilla
Gojko Mitic & Prof. Eberhard Görner
In Gottes eigenem Land

Das Team der Buchhandlung Mahler

Barnimer Bürgerpost

Ich bestelle ab sofort die „Barnimer Bürgerpost“

- zwei Ausgaben zur kostenlosen Probe
- Normalabonnement (12 Ausgaben: 9 EURO)
- ermäßigtes Abonnement (12 Ausgaben: 3 EURO)
Schüler, Studenten, Einkommenslose bzw. -schwache (monatl. Einkommen unter 600 EURO)
- Förderabonnement (12 Ausgaben: 12 EURO – 9 Euro + 3 Euro Spende)
- Förderabonnement »Gold« (12 Ausgaben: 18 EURO – 9 Euro + 9 Euro Spende oder mehr)

Die „Barnimer Bürgerpost“ erscheint derzeit einmal im Monat. Das Abonnement verlängert sich automatisch um den angegebenen Zahlungszeitraum zum gültigen Bezugspreis, falls ich nicht 20 Tage vor dessen Ablauf schriftlich kündige. Beim Vertrieb über die Deutsche Post wird eine Versandkostenpauschale von 8 EURO pro Jahr erhoben (entfällt ab 2 Exemplaren).

Ich zahle: per Bankeinzug per Rechnung

Kontonummer _____ Bank _____ Bankleitzahl _____

Name, Vorname _____ Straße, Hausnummer _____

PLZ, Ort _____ Datum, 1. Unterschrift Abonnent/in _____

Widerrufsrecht: Innerhalb einer Frist von 14 Tagen nach Absendung (Datum Poststempel) kann ich diese Bestellung widerrufen: _____ Datum, 2. Unterschrift Abonnent/in _____

Ich möchte Mitglied beim BBP-Forum werden (eMail-Liste nur für Abonnenten): _____

E-Mail-Adresse (Angabe ist notwendig für eine Teilnahme am BBP-Forum)

Coupon senden an: Gerd Markmann, Prenzlauer Str. 19, 16227 Eberswalde
(Bestellmöglichkeit per Telefon, Fax und e-mail siehe Impressum)

impresum

herausgeber: Barnimer Bürgerpost e.V.

anschrift: Prenzlauer Str. 19, 16227 Eberswalde

telefon: (0 33 34) 35 65 42

telex: (0 18 05) 22 10 40 973

e-mail: redaktion@barnimer-buergerpost.de

bbpforum: <http://de.groups.yahoo.com/group/bbp-forum/>

redaktion: Gerd Markmann

fotografie: Braunschweig, Fischer, John, Markmann (4), Triller

drucker: Grill & Frank · (0 33 34) 35 39 18

redaktions-schluß: 8. September 2011

Namentlich gekennzeichnete Beiträge müssen nicht mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen. Nachdruck, wenn nicht anders bestimmt, bei Quellenangabe und Zusendung eines Belegexemplars erlaubt. Bankkonto: Konto-Nr. 359 946 1000 bei der Berliner Volksbank, BLZ 100 900 00. Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 2 vom 1. Januar 2002.

Abopreise (12 Ausgaben): Normal-Abonnement 9 EURO, ermäßigt 3 EURO, Förder-Abo 12 EURO.

Redaktionsschluß der NÄCHSTEN AUSGABE ist am 6.10.2011, 12 Uhr.